

Inhalt

Die Architekturwahrnehmung prägt in Dresden das Verbundenheitsgefühl mit dem Wohnort	1
Abnehmende Bildungsungleichheiten?	6
Politische Spaltung in Deutschland?	16

Die Architekturwahrnehmung prägt in Dresden das Verbundenheitsgefühl mit dem Wohnort

Ergebnisse einer kommunalen Umfrage und der ALLBUS-Befragung

Michael Häder¹ & Sabine Häder²

¹ Technische Universität Dresden

² GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

In diesem Beitrag steht die Verbundenheit mit der Stadt Dresden im Mittelpunkt des Interesses. Diese setzt sich aus einem Konglomerat von Zufriedenheiten mit einzelnen Aspekten des Wohnumfelds zusammen und beeinflusst die Lebenszufriedenheit. Die Lebenszufriedenheit wiederum ist als übergreifendes Maß subjektiven Wohlbefindens seit längerem Gegenstand theoretischer und empirischer Analysen (vgl. z.B. Glatzer & Zapf 1984; Noll & Weick 2010; Heidl et al. 2012; Hoffmann & Schupp 2018). Während in Zeiten wirtschaftlicher Rezession ökonomische Faktoren wie die Zufriedenheit mit dem Einkommen, mit der wirtschaftlichen Lage und der Arbeit wesentliche Determinanten der Lebenszufriedenheit sind, spielen in Perioden wirtschaftlichen Aufschwungs die Einschätzungen auch anderer Lebensbereiche wie etwa Familie, Freizeit und auch Wohnort eine größere Rolle (Enste & Ewers, 2014).

Die Zufriedenheit bzw. Verbundenheit mit dem Wohnort ist u.a. aus diesem Grund schon in mehreren empirischen Studien¹ aufgegriffen worden. Hier wird ein Handlungspotential für Politik und Gesellschaft mit dem Ziel der Erhöhung der Verbundenheit der Bevölkerung mit dem sozialen Umfeld und damit auch der Lebenszufriedenheit insgesamt gesehen. So sollten die Identifizierung von problematischen Aspekten bei der Wohnortwahrnehmung und deren gezielte Beseitigung zur Erhöhung der Verbundenheit mit dem Wohnort führen. Diesem Ziel widmet sich beispielsweise die Arbeitsgemeinschaft „Koordinierte Bürgerumfrage zur Lebensqualität in deutschen Städten“. Dieses Kooperationsprojekt des Verbandes Deutscher Städtestatistiker und der Städtegemeinschaft Urban Audit bemüht sich um die Teilnahme deutscher Städte an einer regelmäßigen koordinierten Befragung zur Lebensqualität. In der Befragungs-

welle Ende 2015 haben sich 21 deutsche Städte an der Umfrage beteiligt. „Aus der Gegenüberstellung von Zufriedenheit und Einschätzung einzelner Aspekte der Lebensqualität in Städten wird einmal mehr deutlich, wie diese mit der Bedeutung von Problemfeldern in einer Stadt zusammenhängen.“ (IFAK 2015, S. 10)

Ergebnisse kommunaler Studien ergeben damit für die Politik und die Verwaltungen der Kommunen Anhaltspunkte zur Erhöhung der Verbundenheit mit dem Wohnort. „Gerade Gemeinden sind angewiesen auf eine lebendige und aktive Bürgerschaft. Es ist deshalb wichtig zu wissen, welche Ursachen für affektive Verbundenheit verantwortlich sein könnten.“ (Bühlmann 2012, S. 329). Weiterhin gilt: „Wohnorte sind mehr als nur die Summe der Wohngebäude von Menschen. Wie die Menschen gehören zu ihnen sämtliche Infrastrukturen, die menschliches Leben und Zusammenleben ermöglichen, es strukturieren und technisch, sozial und kulturell unterstützen. Menschen, technische und soziale Infrastrukturen, Arbeits- und Handelsorte, Gebäude und Freiflächen formen Siedlungen zu einem lebendigen Ort.“ (Sturm & Walther 2010, S. 720). Deshalb wurden bereits in verschiedenen Studien auch diese Gesichtspunkte näher betrachtet. So gilt z.B. die Gefühlsstruktur in der Stadt Darmstadt als eine „etablierte Kultur des Fühlens, die sich ... in einem Streben nach Harmonie, Ordnung und Entschleunigung“ äußern kann (Löw 2016).

Wie wird aber Verbundenheit mit dem Wohnort definiert? Bühlmann (2010) liefert die folgende Begriffsbestimmung: „Unter Verbundenheit, wird dabei die affektive Bindung eines Individuums an sein soziales Umfeld verstanden. Das Gefühl der Verbundenheit kann als wichtiger Bestandteil von Identität mit einer sozialen Gemeinschaft aufgefasst werden“ (Bühlmann 2010, S. 329). In diesem Zusammenhang wurde ebenfalls untersucht, welcher Einfluss von der Wohnumwelt auf das Verbundenheitsgefühl ausgeht. „Wie bereits einführend erwähnt, stellt die erlebte Zufriedenheit eine eher rationale Einschätzung der Wohnumwelt dar, während die erlebte Verbundenheit mit der Wohnumwelt

eine Bewertung ist, die sich auf das Zugehörigkeitsgefühl bezieht.“ (Oswald et al. 2002, S. 40).

Forschungsfragen und Datenbasis

In diesem Beitrag widmen wir uns zunächst der Frage, welche soziostrukturellen Merkmale der Befragten in zwei empirischen Studien für die Verbundenheit mit dem Wohnort einen Erklärungsbeitrag liefern und wie sich die Verbundenheit mit dem Wohnort in Deutschland über die Zeit entwickelt hat. Dazu werden zunächst Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) der Jahre 1991, 2000 und 2008 ausgewertet, die Aussagen über die gesamte deutsche Wohnbevölkerung ermöglicht (<https://www.gesis.org/allbus/download>).

Ergänzend soll für die kommunale Ebene eine repräsentative Befragung der Dresdner Bevölkerung (Dresdner Architekturbefragung 2018²) zur Einschätzung des Wohnortes herangezogen werden, da sie Potential für weitergehende Überlegungen bietet. Sie ermöglicht Untersuchungen zu der Frage, wie sich die Erklärung des Verbundenheitsgefühls mit der Gemeinde erhöht, wenn dabei die Rezeption der Architektur durch die Bürger dieser Gemeinde einbezogen wird. Die Datenerhebung für diese Studie erfolgte mittels eines standardisierten Instruments, das den Zielpersonen postalisch übersandt bzw. online zur Verfügung gestellt wurde. Für die Stichprobenziehung kam ein einfaches Zufallsverfahren zum Einsatz. Dabei wurden aus dem Einwohnermelderegister der Stadt Dresden 2.024 (Bruttostichprobe) Personen im Alter ab 18 Jahre mit deutscher Staatsbürgerschaft zufällig ausgewählt. Da das Erhebungsinstrument nur in deutscher Sprache entwickelt wurde und zudem der Anteil ausländischer Staatsbürger an der Bevölkerung Dresdens relativ gering ist, beschränkte sich die Studie auf deutsche Staatsangehörige. Die Feldzeit erstreckte sich von Anfang Juni 2018 bis Mitte Juli 2018. Der Datenanalyse liegt eine Nettostichprobe im Umfang von n = 964 Fällen vor, darunter wurden 149 Fragebögen online und 794 Fragebögen

postalisch retourniert. Die Rücklaufquote beträgt damit 48,5%, ein bei einer schriftlichen Befragung ungewohnt hoher Wert, der auch auf das Interesse der Zielpersonen am Gegenstand der Befragung hindeutet. Mithilfe der Analyse von Daten aus dieser Studie sollen die folgenden Forschungsfragen beantwortet werden: Welchen Beitrag vermögen die subjektiven Wahrnehmungen und Bewertungen einzelner Gebäude für das Wohlfühlen in der Stadt Dresden zu leisten? Und: Wie stark ist diese Erklärungskraft gegenüber der von anderen naheliegenden Variablen?

Empirische Analyse

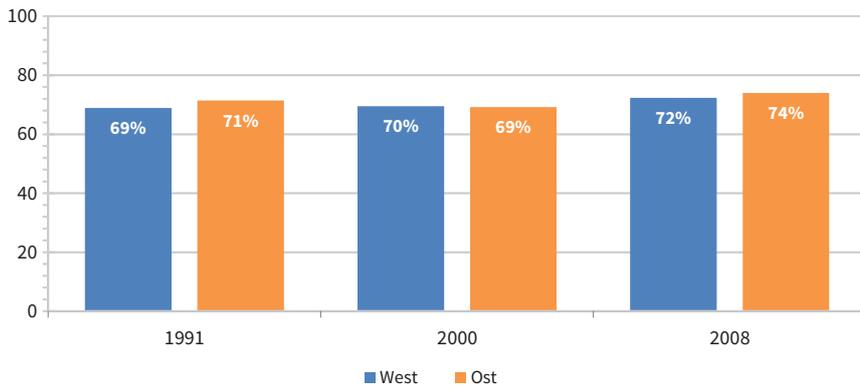
Fühlen sich die Bundesbürger mit ihren Gemeinden verbunden? Im ALLBUS lautete die Frageformulierung jeweils: „Und jetzt möchten wir wissen, wie stark Sie sich mit Ihrer Gemeinde (Stadt) und ihren Bürgern verbunden fühlen. Sind Sie Ihrer Gemeinde gefühlsmäßig stark verbunden, ziemlich verbunden, wenig verbunden oder gar nicht verbunden?“ Die Ausprägung des entsprechenden Merkmals zeigt zu den drei Erhebungszeitpunkten des ALLBUS bei den deutschen Staatsangehörigen ein hohes bzw. ein leicht steigendes Niveau (Grafik 1). So geben im Jahr 2008 72% der Westdeutschen und 74% der Ostdeutschen an, dass sie sich stark oder ziemlich stark mit ihrer Gemeinde verbunden fühlen.

Ähnlich hohe Werte ermittelte eine in Halle an der Saale erhobene Studie: „Die Verbundenheit der Bürger mit der Stadt Halle wächst seit 1993, mit einigen Ausnahmen, stetig an. 2009 gaben 59,8% der Hallenser an, sich mit Halle „sehr eng“ verbunden zu fühlen, dieser Wert ist der höchste seit Beginn der regelmäßigen Bürgerbefragung vor 17 Jahren. Eine sehr enge Verbundenheit mit Sachsen-Anhalt empfinden im Vergleich nur 35,2% der Befragten.“ (Harm et al. 2010, S. 8)

Anhand verschiedener sozio-ökonomischer Merkmale soll nun in einem zweiten Schritt untersucht werden, in wieweit durch sozialwissenschaftliche Standardvariablen diese Verbundenheit erklärt werden kann (Tabelle 1).

Das Zwischenfazit lautet hier: Das

Grafik 1 Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, die sich stark und ziemlich stark mit ihrer Gemeinde verbunden fühlen



Datenbasis: ALLBUS 1991, 2000, 2008 (ungewichtet)

Alter sowie (ALLBUS 2000 im Westen) die Wohndauer besitzen eine (relativ schwach ausgeprägte) Erklärungskraft für die Verbundenheit mit der eigenen Gemeinde. Ältere Personen fühlen sich demnach eher mit ihrer Gemeinde verbunden. Teilweise geht auch von den absolvierten Bildungsjahren (ALLBUS 1991 im Westen) und vom Nettoeinkommen (ALLBUS 2008 im Westen) ein schwacher Effekt aus. Anzumerken ist, dass die insgesamt aufgeklärte Varianz in den Modellen nur sehr gering ist. Bezieht man in die Modelle auch die Wohndauer vor Ort ein (wie im ALLBUS 2000), so ergibt sich eine geringe Verbesserung der Modellgüte. Mit der Wohndauer steigt bei der westdeutschen Teilpopulation die Verbundenheit mit der eigenen Gemeinde. Dieser Befund geht konform mit der Sozialisationshypothese: „Die Sozialisationshypothese geht davon aus, dass Verbundenheit mit einem Ort von der Dauer des Aufenthaltes abhängt. Personen, die im gleichen Ort geboren wurden, aufwachsen und leben, entwickeln eine stärkere Verbundenheit als Personen, die residentiell und zirkulär mobil sind (Kasarda & Janowitz 1974; Mühler & Opp 2004).“ (Bühlmann 2012, S. 330)

Die lokale Dresdner Architekturbefragung 2018 bietet nun die Möglichkeit, das Zustandekommen des Verbundenheitsgefühls mit der Stadt Dresden anhand weiterer Variablen genauer zu untersuchen. Deshalb soll nun die Rolle der Architektur als ein die Verbundenheit potentiell erklärendes Spezifikum stär-

ker beleuchtet werden. Dabei werden – neben den soziodemographischen Variablen – vor allem die Einstellungen der Bewohner zu markanten Gebäuden in ihrer Stadt berücksichtigt.

Anhand der gezeigten Daten kann nun über verschiedene, sehr interessante Befunde berichtet werden. Zunächst soll das einfachere Modell 1 (Tabelle 2) auf der linken Seite betrachtet werden. Das Alter (jüngere Personen fühlen sich stärker mit ihrer Stadt verbunden), das Einkommen (Bezieher höherer Einkommen weisen ein stärkeres Verbundenheitsgefühl auf) und vor allem die Wohndauer in Dresden (je länger Personen bereits in Dresden wohnen, desto stärker ist deren Verbundenheit) weisen signifikante Effekte auf das Verbundenheitsgefühl aus. Aber auch hier ist, ähnlich wie bereits bei den ALLBUS-Studien, der Anteil der erklärten Varianz nicht besonders hoch.

Bei Einbeziehung verschiedener Indikatoren zur Abbildung der Einstellung zur Architektur (vgl. das Modell 2 auf der rechten Seite) besitzen die sozio-

Tabelle 1 Ergebnisse linearer Regressionsmodelle zur Erklärung der Verbundenheit mit der Gemeinde

Gebiet	ALLBUS 1991		ALLBUS 2000		ALLBUS 2008	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Konstante	2,441***	2,470***	2,460***	2,485***	2,555***	2,287***
Alter	-,012***	-,007***	-,009***	-,008***	-,009***	-,189***
Bildungsjahre	,016*	-,016	n.e.	n.e.	n.e.	n.e.
Geschlecht Ref.: Männlich	,000	,017	,066	-,031	,019	,056
Nettoeinkommen Kat.	,010	,020	,004	,011	-,031**	-,032
Wohndauer Kat.	n.e.	n.e.	-,006*	-,004	n.e.	n.e.
Korrigiertes R ²	,061	,015	,045	,068	,038	,035

n.e.: in diesem Jahr nicht erhoben
 Datenbasis: ALLBUS 1991, 2000, 2008

Tabelle 2 Ergebnisse linearer Regressionsmodelle zur Erklärung der Verbundenheit mit der Stadt Dresden³

	Modell 1			Modell 2		
	Regr. Koeff. B	Stand. Koeff. Beta	Sig.	Regr. Koeff. B	Stand. Koeff. Beta	Sig.
(Konstante)	5,254		,000	1,506		,092
Alter ZP	-,008	-,137	,039	-,012	-,193	,041
Einkommen	,075	,136	,002	,014	,026	,678
Bildungsjahre	-,025	-,067	,167	,017	,045	,510
Geschlecht	,077	,030	,446	,166	,069	,223
Wohndauer in DD	,024	,473	,000	,021	,434	,000
Bewertung						
... des Dinglingerhauses				,096	,080	,270
... der „Elbschlösser“ ⁴				,270	,117	,076
... der Kreuzkirche				-,231	-,121	,049
... des Kurländer Palais				,292	,201	,018
Stolz auf das historische Stadtbild ⁵				,303	,327	,000
Korr. R Quadrat	,161			,408		

Datenbasis: Dresdner Architekturbefragung 2018

demografischen Variablen Geschlecht, Bildung und Einkommen keine Erklärungskraft (mehr). Lediglich vom Alter geht noch ein signifikanter Effekt in die bereits bekannte Richtung aus. Den stärksten Effekt auf das Verbundenheitsgefühl kann bei der Wohndauer ausgemacht werden. Dies spricht wiederum für die bereits oben im Rahmen der Sozialisationshypothese geäußerte Vermutung.

Zunächst verwundert es nur wenig, dass von der alltäglich wahrnehmbaren architektonischen Gestaltung einer Stadt wie Dresden ein Einfluss auf das Wohlfühlen in dieser Stadt ausgeht. Eine Besonderheit dürfte es jedoch sein, dass in Dresden ausdrücklich auf das *historische* Stadtbild Bezug genommen wird. Einen Effekt auf das Wohlfühlen in Dresden geht folglich auch von der Rezeption der folgenden Gebäude (vgl. Abbildung 1) aus:

- Vom Dinglingerhaus (Jüdenhof), welches ein barockes Wohngebäude war, das in den Jahren 2015 und 2016 wieder weitgehend originalgetreu aufgebaut wurde
- Von den „Elbschlössern“, welche im Zeitraum von 1850 bis 1861 entstanden
- Vom Kurländer Palais, wobei es sich ebenfalls um ein historisches Gebäude handelt, welches zwischen 2006 und 2008 wiederaufgebaut wurde.

Je positiver diese drei Gebäude von den Dresdner Bürgern bewertet werden, desto stärker fühlen sie sich mit ihrer Stadt verbunden.

- Von der Kreuzkirche, die im Zweiten Weltkrieg zerstört worden war. Der Wiederaufbau erfolgte bereits von 1946 bis 1955. Der Beta-Koeffizient weist hier allerdings ein negatives Vorzeichen auf. Die genaue Ursache für dieses Phänomen muss an dieser Stelle jedoch im Unklaren bleiben. Hier besteht nach Ansicht der Autoren weiterer Forschungsbedarf. Nicht ausgeschlossen werden kann, dass die Funktion des Gebäudes (Kirche) eine gewisse Rolle spielt.

Zugleich – und dies ist besonders interessant – steigt der Anteil der erklärten Varianz im rechten Modell auf deutlich

Abbildung 1 Von den Befragten bewertete Gebäude in Dresden



Dinglingerhaus (Jüdenhof)⁶



Kurländer Palais⁷



Schloss Albrechtsberg, eines der „Elbschlösser“⁹



Kreuzkirche⁸

über 40% an. Um das Wohlfühlen in Dresden zu erklären, bietet damit ein Rückgriff auf die Architekturrezeption einen fruchtbaren Ansatz. Inwieweit dieser Befund auf andere Städte übertragen werden kann, muss jedoch noch durch andere Studien geklärt werden.

Resümee

Insgesamt ist die Lebenszufriedenheit – wie einleitend angedeutet – ein Merkmal, das bereits Gegenstand vielfältiger theoretischer und empirischer Studien war. Vor diesem Hintergrund sind die hier vorgestellten Ergebnisse nun beson-

ders bemerkenswert, denn sie weisen auf ein Gestaltungsfeld hin, das bisher nur wenig im Fokus der Betrachtungen lag: Es kann schließlich gezeigt werden, dass eine stärkere Verbundenheit mit Dresden auch zu einem höheren gesellschaftlichen Engagement in der Gemeinde führt. So ergab ein weiteres Ergebnis der Dresdner Architekturbefragung 2018, dass sich Personen, die sich mit ihrer Stadt stark verbunden fühlen, auch deutlich häufiger an Debatten, Bürgerinitiativen und Foren um die Architekturrekonstruktion beteiligten.

Höheres kommunales Engagement führt aber, wie z.B. Ernste und Ewers

(2014) in der Auswertung von Daten des Sozio-ökonomischen Panels zeigen, zu einer höheren Lebenszufriedenheit. „Der Grund dafür liegt unter anderem darin, dass die ehrenamtliche Tätigkeit ein wichtiges Bedürfnis des Menschen befriedigt, nämlich die Sinnstiftung und das Wissen, gebraucht zu werden und Gutes zu tun, obwohl das Ehrenamt viel Zeit in Anspruch nimmt, ohne dafür eine monetäre Entlohnung bereitzustellen“ (ebenda S.15).

Auch Harms und Kollegen kommen zu einem solchen Schluss: „Die gefühlte Verbundenheit mit der Region, der Stadt oder dem Stadtviertel ist daher ein guter Indikator für die Verankerung der Bürger im städtischen Leben. Zeigen sich hier negative Entwicklungen, ist das ein wichtiger Ansatzpunkt für die Kommunalpolitik (Harms et al. 2010, S.44).“ Insofern ergibt sich ein potentieller Einflussfaktor auf die Erhöhung der Lebenszufriedenheit: Wenn Stadtbilder, kulturelle Einrichtungen, Grünanlagen und andere Wohnortcharakteristika im Diskurs und Konsens mit der Bevölkerung weiterentwickelt werden, sollte dies dazu führen, dass sich deren Verbundenheit mit dem Wohnort verstärkt, sich das gesellschaftliche Engagement der Bürger erhöht und letztlich ein positiver Effekt auf die Lebenszufriedenheit zu verzeichnen ist. Neben Versuchen, mithilfe traditioneller Instrumente (z.B. Ausbau des ÖPNV, Anlage von Radwegen, Verkehrsberuhigung, Investitionen in Schulen und Kindergärten u.ä.) die Verbundenheit mit der Gemeinde zu befördern, sollte auch solchen „weichen“, indirekt wirkenden Mechanismen wie z.B. der Wahrnehmung des Stadtbildes, Beachtung geschenkt werden.

Literatur

- Bühlmann, M. (2012). Verbundenheit mit der Gemeinde. Retrieved October 14, 2019, from https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-531-19249-9_12
- Bühlmann, M. (2010). Kommunale Identität. Eine Mehrebenenanalyse der Determinanten individueller Verbundenheit mit der Gemeinde. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 4, 203–231.
- Enste, D., & Ewers, M. (2014). Lebenszufriedenheit in Deutschland: Entwicklung und Einflussfaktoren, *IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung*, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, Vol. 41, Iss. 2, pp. 43-58. Retrieved October 14, 2019, from <http://dx.doi.org/10.2373/1864-810X.14-02-04>
- Glatzer, W., & Zapf, W. (Hrsg.) (1984). *Lebensqualität in der Bundesrepublik: Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden*. Frankfurt am Main: Campus.
- Harm, K., Jaeck, T., Naß, A., & Sackmann, R. (2010). Bürgerumfrage Halle 2009, *Der Hallesche Graureiher 2010-1*. Retrieved October 14, 2019, from https://m.halle.de/VeroeffentlichungenBinaries/499/473/buergerumfrage_2009.pdf
- Heidl, C. M., Landenberger, M., & Jahn, P. (2012). Lebenszufriedenheit in Westdeutschland — eine Querschnittsanalyse mit den Daten des Sozio-oekonomischen Panels. SOEP papers on Multidisciplinary Panel Data Research. Berlin: SOEP.
- Hoffmann, C., & Schupp, J. (2018). Allgemeine Lebenszufriedenheit und Zufriedenheit mit Lebensbereichen, Datenreport 2018. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung. Retrieved from October 14, 2019, from: <http://www.bpb.de/nachschlagen/datenreport-2018/werte-und-einstellungen/278547/allgemeine-lebenszufriedenheit-und-zufriedenheit-mit-lebensbereichen>
- IFAK Institut GmbH & Co. KG (2015). 4. Koordinierte Bürgerbefragung: Lebensqualität aus Bürgersicht – Deutsche Städte im Vergleich 2015. Retrieved October 14, 2019, from http://www.staedtestatistik.de/fileadmin/urban-audit/2016/UA_Grundmodul_AG_Lebensqualitaet_2015_Endfassung.pdf
- Löw, M. (2016). Stadtsoziologie: Warum jede Stadt anders tickt. *Spektrum.de*. Retrieved October 14, 2019, from <https://www.spektrum.de/news/warum-jede-stadt-anders-tickt/1408835>
- Noll, H.-H., & Weick, S. (2010). Materielle Lebensbedingungen prägen Lebenszufriedenheit in Deutschland stärker als in anderen Ländern. Analysen zum subjektiven Wohlbefinden. *ISI 44*, August 2010, 5-10.
- Oswald, F., Hieber, A., Mollenkopf, H., & Wahl, H.-W. (2003). Heidelberg 2002: Wohnwünsche und Wohnwirklichkeiten - Belastungen, Chancen und Perspektiven selbständigen Lebens im Alter -, Forschungsberichte aus dem DZFA. Nr. 15, Oktober 2003. Retrieved October 14, 2019, from https://www.psychologie.uni-heidelberg.de/mediendaten/ae/apa/fb15_hd2002.pdf
- Sturm, G., & Walther, A. (2010). Angleichung der Lebensbedingungen seit der deutschen Einheit – die Bürgersicht. *Informationen zur Raumentwicklung*. Heft 10/11.2010, 715-726.
- 1 Hier ist zu verweisen auf die Studien des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/ExWoSt/Studien/studien_node.html, auf den Alterssurvey: <https://www.dza.de/fdz/deutscher-alterssurvey.html>, auf den ALLBUS: <https://www.gesis.org/allbus/download> sowie auf die Koordinierte Umfragen zur Lebensqualität in deutschen Städten: <http://www.staedtestatistik.de/811.html>
 - 2 Die Finanzierung der Studie erfolgte aus den Mitteln der Gesellschaft Historischer Neumarkt Dresden e.V. sowie des Lehrstuhls für Methoden der Empirischen Sozialforschung am Institut für Soziologie der Technischen Universität Dresden. An der Ausarbeitung der Studie waren neben den Professoren Karl-Siegbert Rehberg und Michael Häder auch Studierende der Soziologie an der TU Dresden beteiligt.
 - 3 Der Fragetext in der Dresdener Architekturbefragung 2018 wurde wie folgt formuliert: „Wie sehr fühlen Sie sich mit Dresden verbunden? Eine 1 bedeutet, Sie fühlen sich überhaupt nicht mit Dresden verbunden, eine 7 bedeutet, Sie fühlen sich sehr stark mit Dresden verbunden. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Antwort abstimmen.“
 - 4 Hier lautete der Fragetext: „Nun hätten wir gerne gewusst, wie gut oder schlecht Ihnen folgende Gebäude gefallen ... Dinglingerhaus (Jüdenhof) ... Elbschlösser' ... Kreuzkirche ... Kurländer Palais.“ Für die Antworten wurde eine fünfstufige, an den Polen mit „Gefällt mir überhaupt nicht“ und „gefällt mir sehr gut“ verbalisierte Skala vorgegeben.
 - 5 Die Frageformulierung lautete: „Man kann verschiedene Ansichten darüber haben, auf was man als Dresdner stolz sein kann und auch darüber, was einem nicht gefällt. Wie verhält es sich bei Ihnen? Worauf sind Sie stolz und worauf überhaupt nicht ... das historische Stadtbild“ Für die Antworten wurde eine siebenstufige, an den Polen mit „überhaupt nicht stolz“ und „besonders stolz“ verbalisierte Skala vorgegeben.
 - 6 <https://de.wikipedia.org/wiki/Dinglingerhaus>
 - 7 [https://de.wikipedia.org/wiki/Kreuzkirche_\(Dresden\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Kreuzkirche_(Dresden))
 - 8 https://de.wikipedia.org/wiki/Kurl%C3%A4nder_Palais
 - 9 Von Adornix - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=14782330>

michael.haeder@tu-dresden.de

sabine.haeder@gesis.org

doi: 10.15464/isi.63.2019.1-5

Abnehmende Bildungsungleichheiten?

Der Einfluss von sozialer und ethnischer Herkunft im Bildungsverlauf

Karin Kurz¹, Judith Lehmann¹ & Julian Theunissen²

¹ Georg-August-Universität Göttingen

² Teach First Deutschland gemeinnützige GmbH

Das deutsche allgemeinbildende Schulsystem mit seiner frühen Stratifizierung (Allmendinger 1989) wird als relativ rigide angesehen und es wird häufig angenommen, dass die im Anschluss an die Grundschule gewählte Schulart den weiteren Bildungsweg größtenteils vorbestimmt. Doch gilt dies auch heute noch, nachdem seit einigen Jahren der Besuch von Fachoberschulen und Berufs- oder Fachgymnasien stark angestiegen ist und die Hochschulreife nicht nur über das traditionelle Gymnasium erworben wird? Und wichtiger noch: Können benachteiligte Gruppen – vor allem Kinder aus bildungsfernen Familien oder mit Migrationshintergrund – von diesen Veränderungen profitieren und ihren Abstand zu begünstigten Gruppen im Bildungsverlauf reduzieren? Diese zweite Frage ist unter bildungspolitischen Gesichtspunkten von erheblicher Relevanz, wenn Bildungspolitik den Anspruch hat, benachteiligten Gruppen im Bildungssystem größere Chancen zu eröffnen. Der vorliegende Beitrag geht dieser Frage auf Basis von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) für die Geburtsjahrgänge 1983 bis 1995 nach.

Der Übergang von der Grundschule zur Sekundarstufe stellt in Deutschland eine der wichtigsten Weichen für den individuellen Bildungsweg dar. Soziale und ethnische Herkunftseffekte sind an diesem Übergang besonders ausgeprägt (Dumont et al. 2014, Neugebauer 2010). In den letzten Jahren hat jedoch die quantitative Bedeutung von Aufbauschulen, die im Allgemeinen mit der Sekundarstufe II beginnen und zur allgemeinen oder fachgebundenen Hochschulreife führen, zugenommen. Die wichtigsten dieser Schulformen sind die Fachoberschulen und Fach- oder Berufsgymnasien; daneben gibt es Berufs- und technische Oberschulen.¹ Sie erleichtern nachträgliche Korrekturen der einmal getroffenen Sekundarschulentscheidung. Während in den 1970er Jahren weniger als 3% der Schüler/-innen der berufsbildenden Schulen in der Sekundarstufe II Aufbauschulformen besuchten, stiegen die Anteile in den 1980er Jahren leicht und ab den 1990er

Jahren stärker an. Im Schuljahr 1995/96 lag der Anteil der Schüler/-innen in Aufbauschulformen bei 7%, 2005/06 bei 10% und 2017/18 bei 14%.² Neben der Option, nach dem Realschulabschluss eine Aufbauschule anzuschließen, gibt es die Möglichkeit, schon während der Sekundarstufe I von der Haupt- oder Realschule³ auf das traditionelle Gymnasium⁴ zu wechseln. Wir vermuten, dass auch diese Wechsel über die vergangenen Jahrzehnte hinweg zugenommen haben; über ihren Umfang gibt es unseres Wissens jedoch bislang keine Veröffentlichungen.

Eine weitgehend offene Frage ist, in welchem Umfang die beim ersten Übergang benachteiligten Gruppen von nachträglichen Korrekturmöglichkeiten profitieren. Hierzu gibt es nur wenige Studien, die sich zudem meist auf Einflüsse der sozialen Herkunft konzentrieren und dabei zu widersprüchlichen Ergebnissen kommen (vgl. den Überblick in Schindler 2015). In der Tendenz deuten

die Befunde jedoch darauf hin, dass soziale Ungleichheiten im Bildungsverlauf typischerweise nicht zunehmen, sondern vielleicht sogar leicht abnehmen (vgl. auch Kurz & Böhner-Taute 2016). Lediglich für die Kohorten, die in den 1960er bis 1970er Jahren geboren sind, gibt es Hinweise, dass die Ungleichheit im Bildungsverlauf ansteigt (Hillmert & Jacob 2005a, 2005b, 2010; Schindler 2015, S. 528f.). Dies legt nahe, dass die damals neuen schulischen Optionen zunächst vor allem von den privilegierten Schichten genutzt wurden und weniger privilegierte und eher risikoaverse Schichten erst später nachzogen (vgl. Schindler 2015, S. 534f.). Die bisher vorliegenden empirischen Studien stützen sich auf Daten für die Geburtskohorten bis zum Jahrgang 1986 (vgl. Schindler 2015, S. 526); nur die Studie von Kurz und Böhner-Taute (2016) bezieht sich auch auf jüngere Geburtsjahrgänge bis 1993.

Zu Veränderungen des Einflusses der ethnischen Herkunft im Bildungsverlauf liegt unseres Wissens bislang nur die Studie von Kurz und Böhner-Taute (2016) vor. Sie erbringt Hinweise, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund ihre Nachteile zu Beginn der Sekundarstufe I tendenziell reduzieren können. Allerdings untersucht die genannte Studie in der Sekundarstufe II nur den *Besuch* von Schulen, die potentiell zum Abitur führen, und nicht das Erreichen dieses Bildungsabschlusses. Es kann daher nicht als gesichert gelten, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund tatsächlich auf dem Weg zum Abitur im Bildungsverlauf aufholen. Die Betrachtung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund erscheint von besonderem Interesse, da vielfach gezeigt wurde, dass Schüler/-

innen mit Migrationshintergrund (bzw. deren Eltern) bei Berücksichtigung des sozioökonomischen Hintergrundes und der Noten im Durchschnitt *höhere* Bildungsaspirationen haben als Schüler/-innen ohne Migrationshintergrund (Kurz & Paulus 2008; Kristen & Dollmann 2010; Becker & Gresch 2015). Die Ursachen hierfür sind nicht abschließend geklärt.

Auch zur Frage von möglichen Unterschieden zwischen Bundesländern wissen wir relativ wenig (vgl. aber Böhner-Taute 2018). Angesichts des unterschiedlich starken Ausbaus von Fachoberschulen und Fachgymnasien in den einzelnen Bundesländern vermuten wir, dass Schüler/-innen je nach Bundesland unterschiedliche Möglichkeiten und Erfolgswahrscheinlichkeiten haben, ihren einmal eingeschlagenen Bildungsweg zu korrigieren und doch noch das Zeugnis der Hochschulreife zu erwerben. In einer exemplarischen Studie für die Bundesländer Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen zeigte sich ein leichter Vorteil von Schüler/-innen mit niedriger Bildungsherkunft in Baden-Württemberg (Kurz & Böhner-Taute 2016). In diesem Bundesland wurden stärker als in anderen sogenannte Fachgymnasien („Berufsgymnasien“), die nach dem Realschulabschluss zur Hochschulreife führen, ausgebaut. In unserem Beitrag betrachten wir alle Bundesländer und berücksichtigen den quantitativen Ausbau der Alternativwege, die zur allgemeinen oder fachgebundenen Hochschulreife führen. Wir untersuchen, ob ein breiterer Ausbau von Fachoberschulen und Fachgymnasien dazu beiträgt, soziale und ethnische Ungleichheiten zu verringern.

Insgesamt bestehen somit mehrere Forschungslücken: Fast alle Studien zur Entwicklung von sozialen Ungleichheiten im Bildungsverlauf konzentrieren sich auf vergleichsweise alte Geburtskohorten. Darüber hinaus wurden mögliche Aufholprozesse von Schüler/-innen mit Migrationshintergrund im Bildungsverlauf bislang nur ansatzweise untersucht. Und schließlich fehlt es an Forschung zur differentiellen Wirkung der bundeslandspezifischen Schulkontexte auf die Entwicklungen im Bildungsverlauf. Mit

unseren Analysen setzen wir an diesen Forschungsdesiderata an und beantworten die folgenden Fragen:

- 1) In welchem Umfang kommen Auf- und Abstiege während der Sekundarstufe vor? Hängen Auf- und Abstiege von Bildungsherkunft und Migrationshintergrund ab?
- 2) Können Jugendliche mit niedriger Bildungsherkunft und jene mit Migrationshintergrund ihre zu Beginn der Sekundarstufe I gegebene schlechtere Position im Laufe ihrer Schulkarriere verbessern und letztlich häufiger die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife erwerben, als zu Beginn der Sekundarstufe zu erwarten war?
- 3) Haben sich die Chancen von Schüler/-innen mit niedriger Bildungsherkunft und mit Migrationshintergrund, ihre schlechtere Positionierung im Bildungsverlauf aufzuholen, über die Geburtskohorten verändert?
- 4) Unterscheiden sich die Chancen, im Bildungsverlauf aufzuholen, zwischen den Bundesländern mit unterschiedlich starkem Ausbau von Alternativwegen zur Hochschulreife?

Konditionale und unbedingte Perspektiven auf Bildungsungleichheit

In unserem Beitrag nehmen wir eine Gesamtperspektive ein und betrachten *alle* Personen zu bestimmten Zeitpunkten in ihrem Bildungsverlauf. Wir konzentrieren uns auf die unbedingten Wahrscheinlichkeiten, dass sich Personen unterschiedlicher ethnischer oder sozialer Herkunft in einer spezifischen Schulform befinden oder einen bestimmten Abschluss erreicht haben. Die möglicherweise unterschiedlichen Wege und Bildungsübergänge, die zu dem interessierenden Bildungsergebnis geführt haben, bleiben ausgeblendet. Für die bildungspolitische Frage nach dem Abbau von Bildungsungleichheiten im Laufe der Sekundarstufe ist die Gesamtperspektive, in der unbedingte Wahrscheinlichkeiten für verschiedene Zeitpunkte im Bildungsverlauf verglichen werden, relevanter (Hillmert & Jacob 2005a, S. 420). Denn an ihr ist

ablesbar, ob sich der Bildungsabstand zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Bildungsverlauf verändert.

Demgegenüber konzentrieren sich die meisten Studien, die sich mit sozialen und ethnischen Ungleichheiten im Bildungsverlauf beschäftigen, im Anschluss an Mare (1980) auf Bildungsübergänge (z.B. vom Abitur zum Studium) und überprüfen, wie hoch die konditionale Wahrscheinlichkeit ist – *wenn* eine Bildungsstufe erreicht wurde –, dass die nächste Stufe erklommen wird. Übereinstimmendes Ergebnis der empirischen Forschung zu Bildungsübergängen ist national wie international, dass Kinder und Jugendliche aus Elternhäusern mit hohem Bildungshintergrund oder sozioökonomischem Status an jedem Bildungsübergang systematisch größere Chancen haben, eine höhere Bildungsstufe zu erreichen, und dass die sozialen Herkunftseffekte bei diesen späteren Übergängen geringer ausfallen als beim frühen Übergang nach der Grundschule (vgl. zusammenfassend Schindler 2015).

Für Kinder mit Migrationshintergrund liegen hingegen bislang lediglich Studien zum Übergang in die Sekundarstufe I und nicht vergleichend für spätere Übergänge vor. Die Studien belegen, dass Kinder mit Migrationshintergrund vor allem aufgrund schlechterer Noten und ungünstigerer Ressourcenausstattung der Familien seltener auf eine höhere Schulform wechseln als einheimische Kinder (Gresch 2015; Dollmann 2015). Wenn diese Bedingungen in Rechnung gestellt werden, lassen sich meist keine zusätzlichen Nachteile, sondern sogar zum Teil etwas höhere Übergangsraten zum Gymnasium finden. Eine Ursache könnte in den schon erwähnten höheren Bildungsaspirationen in Familien mit Migrationshintergrund liegen.

Nun ist es nicht unmittelbar möglich, aus empirischen Befunden zur Entwicklung von Übergangswahrscheinlichkeiten im Bildungsverlauf zu folgern, ob sich die Bildungsungleichheiten im Bildungsverlauf *insgesamt* verstärken oder abschwächen (vgl. Schindler 2015; Hillmert & Jacob 2005a; Müller & Haun 1994). Auch bei durchgehend niedrigeren Übergangswahrscheinlichkeiten einer spezifischen Gruppe, kann es zu

einem Aufholen dieser Gruppe kommen, und zwar dann, wenn der relative Anteil der benachteiligten Gruppe groß ist, und die Übergangswahrscheinlichkeiten vergleichsweise hoch sind (Schindler 2015; Kurz & Böhner-Taute 2016).

Um die Frage zu beantworten, ob es insgesamt gesehen über den Bildungsverlauf zu einer Veränderung der Bildungsungleichheiten zwischen sozialen oder ethnischen Herkunftsgruppen kommt, muss also die Entwicklung der Bildungsungleichheiten im Bildungsverlauf für die Gesamtheit der Jugendlichen anhand der unbedingten Wahrscheinlichkeiten betrachtet werden. Im vorliegenden Beitrag wählen wir diese Perspektive und vergleichen für Jugendliche unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft die Wahrscheinlichkeiten für den Besuch eines Gymnasiums am Beginn der Sekundarstufe I und für den Erwerb der allgemeinen oder fachgebundenen Hochschulreife am Ende der Sekundarstufe II. Im Vergleich der Wahrscheinlichkeiten zwischen den beiden Zeitpunkten können wir ablesen, ob es zu einer Veränderung der Stratifizierung nach sozialer und ethnischer Herkunft im Laufe der Schulzeit kommt.

Bildungswege als Abfolge subjektiv rationaler Entscheidungen

Wir bauen in unseren theoretischen Überlegungen auf Raymond Boudons (1974) Konzeptualisierung von Bildungsentscheidungen auf. Boudon unterscheidet zwischen primären und sekundären Effekten der sozialen Herkunft. Während sich die primären Effekte darauf beziehen, wie sich die Ressourcenausstattung der Familie auf die Kompetenzentwicklung und die Schulleistungen von Schülerinnen und Schülern auswirkt, zielen die sekundären Effekte auf die herkunftsspezifischen Bildungsaspirationen und Bildungsentscheidungen. Zwar hatte Boudon nur die Einflüsse der sozialen Herkunft - Bildung, Klassen- bzw. Schichtzugehörigkeit der Eltern - im Blick, seine Überlegungen lassen sich jedoch auch auf ethnische Herkunftseinflüsse übertragen (Kristen et al. 2011).

Bildungswege können als eine Abfolge von Entscheidungen innerhalb der institutionellen Vorgaben des Bildungssystems verstanden werden. In Boudons theoretischem Ansatz bzw. darauf aufbauenden Konzeptualisierungen (z.B. Esser 1999; Breen & Goldthorpe 1997) wird die Bildungsentscheidung als subjektiv rationale Entscheidung gesehen, deren zentrale Parameter Kosten, Nutzen und Erfolgswahrscheinlichkeit sind. Für diese wird angenommen, dass sie mit den ökonomischen und kulturellen Ressourcen variieren. Ein wichtiger Nutzenaspekt resultiert aus dem Statushaltungsmotiv – dem Motiv, dass Eltern ihren sozialen Status intergenerational mindestens aufrechterhalten wollen und somit aus gleichen Bildungsabschlüssen einen unterschiedlich hohen Nutzen ziehen können. So wird der Nutzen des Abiturs für Kinder aus statushohen Familien als größer angenommen als für Kinder aus statusniedrigen Familien. Deshalb ist zu erwarten, dass Kinder aus Elternhäusern mit guter Ressourcenausstattung nach der Grundschule zu höheren Anteilen auf das Gymnasium wechseln, und zwar nicht allein aufgrund ihrer durchschnittlich besseren Noten, sondern auch wegen des höheren Nutzens und der relativ geringeren Kosten eines höheren Abschlusses für diese Familien. Eine ähnliche Vorhersage ist auch in Bezug auf Kinder mit Migrationshintergrund zu machen, da diese häufig in Familien mit ungünstiger Ausstattung an kulturellen und ökonomischen Ressourcen aufwachsen (Diehl et al. 2015). Hinzu treten oftmals weitere ungünstige Voraussetzungen durch schlechtere deutsche Sprachkenntnisse und eine geringere Vertrautheit mit dem deutschen Schulsystem.

Welche Vorhersagen lassen sich nun in Bezug auf die Inanspruchnahme von Korrekturoptionen im Laufe der Sekundarstufe machen? Einerseits liegt es auf der Hand, dass Jugendliche aus ressourcenreicheren und statushöheren Elternhäusern auch bei späteren Übergängen ein stärkeres Motiv haben, auf einen Bildungszweig zu wechseln, der zur (Fach-)Hochschulreife führt. Dafür sprechen der höhere Nutzen im Sinne des intergenerationalen Statuserhalts

und die relativ geringeren Kosten. Andererseits gibt es gute Gründe für die Vorhersage, dass gerade auch Kinder aus ressourcenärmeren Elternhäusern von den Korrekturmöglichkeiten während der Sekundarstufe Gebrauch machen. Denn es ist anzunehmen, dass die Erfolgswahrscheinlichkeiten für Kinder aus diesen Familien beim ersten Übergang aufgrund der geringeren elterlichen Vertrautheit mit höheren Sekundarschulzweigen noch schwer einschätzbar waren. Am Ende der Sekundarstufe I sollten aufgrund der längeren schulischen Erfahrung die Erfolgswahrscheinlichkeiten besser einschätzbar und das Risiko einer Fehlentscheidung geringer geworden sein. Positiv sollte sich für Jugendliche aus ressourcenärmeren Familien auch auswirken, dass Fachgymnasien und Fachoberschulen eher berufsorientiert ausgerichtet sind und damit der eigenen Erfahrungswelt näherkommen als das traditionelle Gymnasium (Schindler 2014: 52). Deshalb ist zu erwarten, dass der Einfluss der sozialen Herkunft bei schulischen Aufstiegen in der Sekundarstufe weniger stark ist als unmittelbar nach der Grundschule.⁵

Ähnlich sind für Jugendliche mit Migrationshintergrund aufgrund der durchschnittlich schlechteren schulischen Leistungen und der oftmals ungünstigeren familiären Ressourcenausstattung seltener schulische Aufstiege in der Sekundarstufe zu erwarten. Wenn jedoch die Noten und familiäre Ressourcenausstattung berücksichtigt werden, ist für diese Gruppe eine *höhere* Wahrscheinlichkeit für schulische Aufstiege anzunehmen, da die Bildungsaspirationen in Migrantenfamilien höher sind als in einheimischen Familien. Auch angesichts der besseren Abschätzbarkeit des schulischen Erfolgs und des abnehmenden Risikos von Fehlentscheidungen bei späteren Bildungsübergängen ist anzunehmen, dass der Rückstand für Jugendliche mit Migrationshintergrund bei späteren Bildungsentscheidungen geringer wird.

Für die in unserem Beitrag im Zentrum stehende Frage, inwieweit sich die Bildungsungleichheiten zwischen Kindern unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft im Bildungsverlauf

in unkonditionaler Perspektive verändern, lassen sich keine eindeutigen Vorhersagen machen. Denn einerseits sind hierfür auch Gruppengrößen und die konkreten Übergangswahrscheinlichkeiten relevant und andererseits weisen die theoretischen Überlegungen zu den Übergangswahrscheinlichkeiten in unterschiedliche Richtungen. Gegen eine Abschwächung der Ungleichheiten spricht, dass für begünstigte Gruppen höhere (bedingte) Aufstiegschancen aufgrund von Ressourcen und Kosten-Nutzen-Argumenten anzunehmen sind, egal um welchen Bildungsübergang es sich handelt. Hingegen sprechen für eine Abschwächung Argumente, die eine Reduktion des Einflusses der sozialen Herkunft an späteren Übergängen prognostizieren (bessere Abschätzbarkeit der Erfolgswahrscheinlichkeit und stärkere Berufsorientierung von Aufbauschulen). Ebenfalls für eine Abschwächung spricht, dass der relative Anteil von Kindern mit niedriger sozialer Herkunft, für die ein Schulaufstieg in Frage kommt, vergleichsweise groß ist. In Bezug auf Kinder mit Migrationshintergrund könnte ein Aufholen ihres Bildungsnachteils durch die höheren Aspirationen begünstigt werden.

Daten und Methoden

Als Datengrundlage der Analysen dient das Sozio-oekonomische Panel (SOEP), die längste Panelerhebung von Personen und Haushalten in der Bundesrepublik Deutschland. Sie findet jährlich seit 1984 statt. Der vorliegende Beitrag verwendet Daten des SOEP.v33 von 2000 bis 2016 für die Geburtsjahrgänge 1983 bis 1995.⁶ Einbezogen werden nur Schüler/-innen, die zu Beginn der Sekundarstufe I eine Hauptschule, Realschule oder Gesamtschule besuchen und für die Informationen zum Schulbesuch im Alter von 18 Jahren oder in den Folgejahren bis zum Alter von 22 Jahren⁷ vorliegen. Wir konstruieren drei abhängige Variablen, die 0/1-kodiert sind: Die Variable „Schulbesuch zu Beginn von Sekundarstufe I“ nimmt den Wert 1 bei Besuch eines Gymnasiums und den Wert 0 bei Besuch einer anderen Schulform an; die Variable „Allgemeine Hochschulreife“ nimmt

den Wert 1 an, wenn bis zum Ende der Sekundarstufe II die allgemeine Hochschulreife erworben wurde; die Variable „Hochschulreife“ hat den Wert 1, wenn die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife erreicht wurde. Für die Analysen stehen gültige Angaben für insgesamt 1979 Befragte zur Verfügung.

Als unabhängige Variablen gehen folgende Merkmale in die Analysen ein: höchster Bildungsabschluss der Eltern⁸ (Fach-/Hochschulreife vs. niedrigerer Abschluss), Migrationshintergrund⁹, Geburtsjahr, Geschlecht sowie eine Variable zum relativen Anteil von Fachoberschulen, Fachgymnasien und Berufsoberschulen in dem Bundesland, in dem die Befragten im Alter von 16 Jahren lebten¹⁰. Mit dem allgemeinbildenden Schulabschluss der Eltern nutzen wir einen sehr einfachen Indikator für die soziale Herkunft. Dies geschieht aus pragmatischen Gründen, um die statistischen Modelle möglichst einfach halten zu können. Dabei ist festzuhalten, dass die elterliche Bildung für den Bildungserfolg der Kinder empirisch ein wichtigerer Prädiktor ist als andere Faktoren der sozialen Herkunft, wie beispielsweise die Klassenposition oder der sozioökonomische Status der Familie (vgl. z.B. Schimpl-Neimanns 2000).

Für die statistischen Analysen greifen wir auf multiple logistische Regressionsanalysen zurück. Die Analysen sind ungewichtet, da keine geeigneten Längsschnittgewichte zur Verfügung ste-

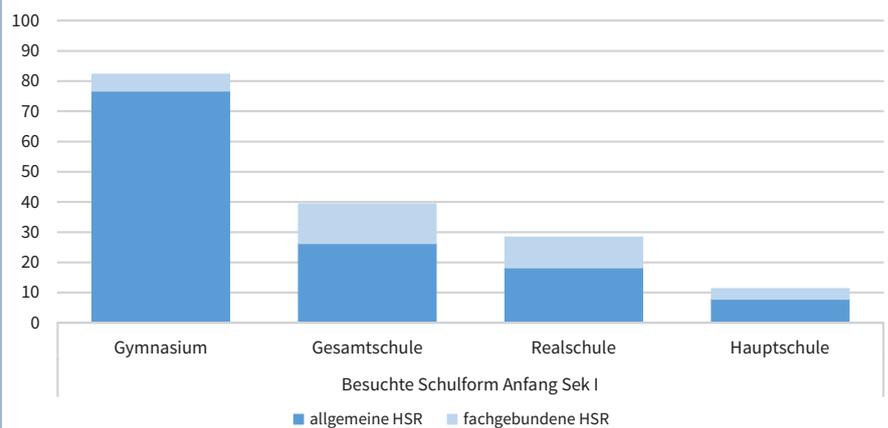
hen. Allerdings kontrollieren wir in allen Regressionsmodellen nach Migrationshintergrund, um der disproportionalen Schichtung der Stichprobe Rechnung zu tragen.

Schulische Auf- und Abstiege abhängig von sozialer, nicht aber von ethnischer Herkunft

Zum Einstieg stellen wir deskriptive Befunde zum Ausmaß von (konditionalen) Auf- und Abstiegen der Schülerinnen und Schüler der Geburtskohorten 1983 bis 1995 im Laufe der Sekundarstufe dar (vgl. Grafik 1). Mit 76,7% erwirbt die große Mehrheit derjenigen, die zu Beginn der Sekundarstufe I ein Gymnasium besuchen, die allgemeine Hochschulreife. Damit erlebt knapp ein Viertel einen schulischen Abstieg oder schließt das Gymnasium nicht erfolgreich ab. Von den Schülerinnen und Schülern, die zu Beginn der Sekundarstufe I eine Gesamtschule besuchen, erwirbt gut ein Viertel die allgemeine Hochschulreife; dies gelingt auch etwa 18% derjenigen, die eine Realschule besuchen, und immerhin noch knapp 8% der Hauptschüler und -schülerinnen.

Damit stehen den 23,3% Abstiegen zusammengenommen 15,2% Aufstiege gegenüber. Letztere umfassen Schülerinnen und Schüler, die obwohl sie zu Beginn der Sekundarstufe I nicht das Gymnasium besuchten, das Abitur erwarben. Im Einklang mit früheren

Grafik 1 Anteil der Schüler/-innen, der die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife erlangt (nach besuchter Schulform zu Beginn der Sekundarstufe I, in Prozent)



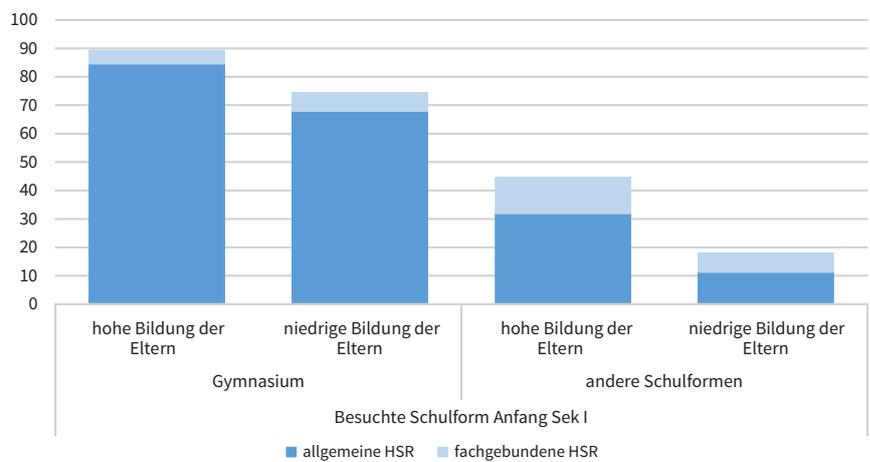
Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel V33

Studien (vgl. Schindler 2015) deuten die Befunde also darauf hin, dass auch in den von uns untersuchten Geburtsjahrgängen Bildungsabstiege vom Gymnasium häufiger vorkommen als Aufstiege zum Abitur. Dies steht in Widerspruch zu den Ergebnissen bei Kurz und Böhner-Taute (2016), die allerdings nicht den Schulabschluss in der Sekundarstufe II, sondern nur den Besuch einer entsprechenden Schulform berücksichtigten. Die Differenz in den Befunden spricht dafür, dass einige der Aufsteiger/-innen die Sekundarstufe II ohne Abschluss oder nur mit der Fachhochschulreife beenden. Ein Blick auf die relativen Anteile für die Fachhochschulreife zeigt, dass diese insbesondere für die Jugendlichen aus Gesamt- und Realschulen eine wichtige Rolle spielt.

Weiter stellt sich nun die Frage, ob die Wahrscheinlichkeiten für Auf- und Abstiege nach Bildungsherkunft und Migrationshintergrund variieren. Zur Beantwortung vereinfachen wir die Darstellung und unterscheiden bei den Schultypen in der Sekundarstufe I nur noch zwischen dem Gymnasium und allen übrigen Schulformen. Wie in Grafik 2 erkennbar ist, belegen unsere Analysen bessere Chancen für Schülerinnen und Schüler, deren Eltern die (Fach-)Hochschulreife haben: Sie erreichen, wenn sie in der Sekundarstufe I ein Gymnasium besuchen, etwa zu 85% das Abitur. Hingegen sind es unter den Schülerinnen und Schülern mit geringerer elterlicher Bildung nur 68%.

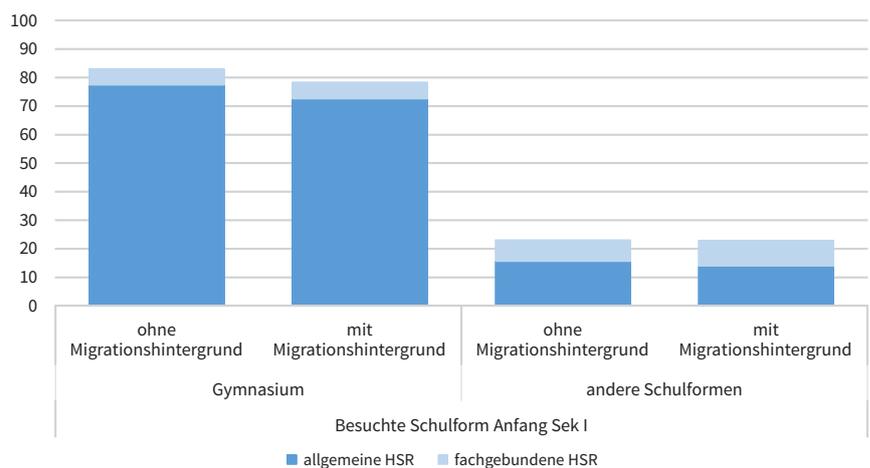
Doch auch Aufstiege sind in letztgenannter Gruppe seltener: Von den Schülerinnen und Schülern mit niedriger Bildungsherkunft, die zu Beginn der Sekundarstufe I kein Gymnasium besucht haben, erwirbt nur gut ein Zehntel noch das Abitur, verglichen mit immerhin knapp einem Drittel unter denjenigen mit hoher Bildungsherkunft. Auch wenn nicht nur die allgemeine, sondern zusätzlich noch die fachgebundene Hochschulreife berücksichtigt wird, ändern sich die Ergebnisse nicht wesentlich. Damit stehen die Befunde im Einklang mit älteren Studien, die zeigen, dass bei niedriger sozialer Herkunft Abstiege relativ wahrscheinlicher und Aufstiege unwahrscheinlicher sind (Henz

Grafik 2 Anteil der Schüler/-innen, der die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife erlangt (nach besuchter Schulform zu Beginn der Sekundarstufe I und Bildung der Eltern, in Prozent)



Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel V33

Grafik 3 Anteil der Schüler/-innen, der die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife erlangt (nach besuchter Schulform zu Beginn der Sekundarstufe I und Migrationshintergrund, in Prozent)



Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel V33

1997a, 1997b; Glaesser 2008; Jacob & Tieben 2010).

Zwischen den Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund sind die Unterschiede in den Erfolgswahrscheinlichkeiten für die allgemeine Hochschulreife hingegen weniger ausgeprägt (vgl. Grafik 3): Unter denjenigen, die schon zu Beginn der Sekundarstufe ein Gymnasium besuchten, erreichen etwa 73% der Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund verglichen mit etwa 77% derjenigen ohne Migrationshintergrund das Abitur.

Und die Gruppe der Aufsteiger/-innen umfasst etwa 14% bei den Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund und etwa 16% bei jenen ohne Migrati-

onshintergrund. Damit unterscheiden sich die beiden Gruppen nur unwesentlich in Bezug auf die Wahrscheinlichkeit auf- oder abzustiegen. Werden zusätzlich Personen, die die Fachhochschulreife erwerben, in den Analysen hinzegenommen, ändert sich das Gesamtbild nur unwesentlich.

Soziale Herkunftseffekte schwächen sich im Bildungsverlauf nicht ab

Die bisher betrachteten Zahlen deuten für Jugendliche mit niedriger Bildungsherkunft, nicht jedoch für jene mit Migrationshintergrund auf eine schlechtere Positionierung auch nach möglichen

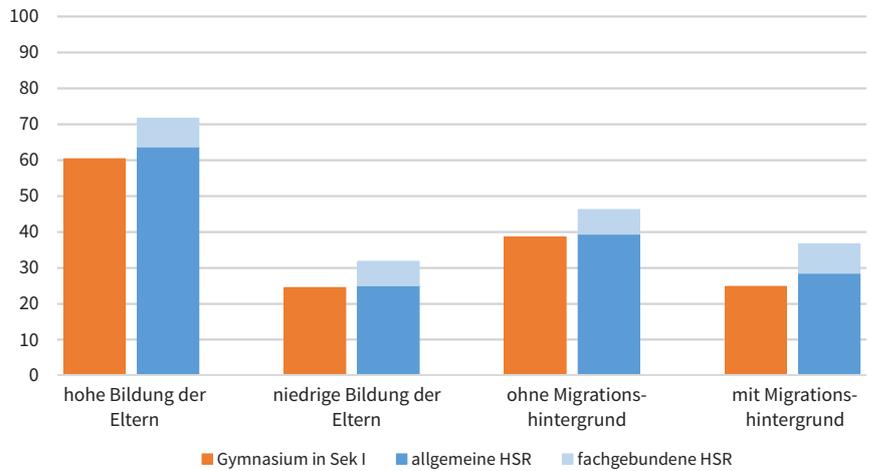
Aufstiegsprozessen im Bildungsverlauf hin. Doch beim bisherigen Vorgehen haben wir eine konditionale Perspektive eingenommen: Denn wir haben betrachtet, wie sich die Wahrscheinlichkeiten unter bestimmten Bedingungen (Besuch eines Gymnasiums oder einer anderen Schule zu Beginn der Sekundarstufe I) für bestimmte Herkunftsgruppen verändern. Im nächsten Schritt wenden wir uns deshalb unserer zweiten Forschungsfrage zu und untersuchen in unkonditionaler Perspektive, ob Jugendliche mit niedriger Bildungsherkunft ihre Position im Laufe der Sekundarstufe insgesamt verbessern können. Gleiches analysieren wir auch für Jugendliche mit Migrationshintergrund. Wir beginnen wieder mit einfachen deskriptiven Analysen; daran schließen wir multiple Regressionsanalysen an.

In Grafik 4 ist erkennbar, dass der relative Anteil der Schüler/-innen in Gymnasien zu Beginn der Sekundarstufe den späteren Anteil an Personen mit allgemeiner Hochschulreife recht gut prognostiziert. Die Gruppe mit hoher Bildungsherkunft scheint ihre relative Position insgesamt sogar noch etwas verbessern zu können – von 60,4% auf 63,7%¹¹, während jene mit niedriger Bildungsherkunft stabil bei 24,5 bzw. 25,0% bleibt. Auch unter Einbeziehung der fachgebundenen Hochschulreife ist bei Jugendlichen mit niedriger Bildungsherkunft kein Aufholen zu erkennen.

Grafik 4 präsentiert auch die entsprechenden Anteile für Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund. Anders als bei der Bildungsherkunft ist hier ein gewisses Aufholen der zu Beginn der Sekundarstufe benachteiligten Gruppe zu erkennen: Der Abstand der Jugendlichen mit Migrationshintergrund reduziert sich im Laufe der Sekundarstufe von ca. 14 Prozentpunkten auf 11 (Abitur) bzw. 9,5 Prozentpunkte (FHS-Reife und Abitur).

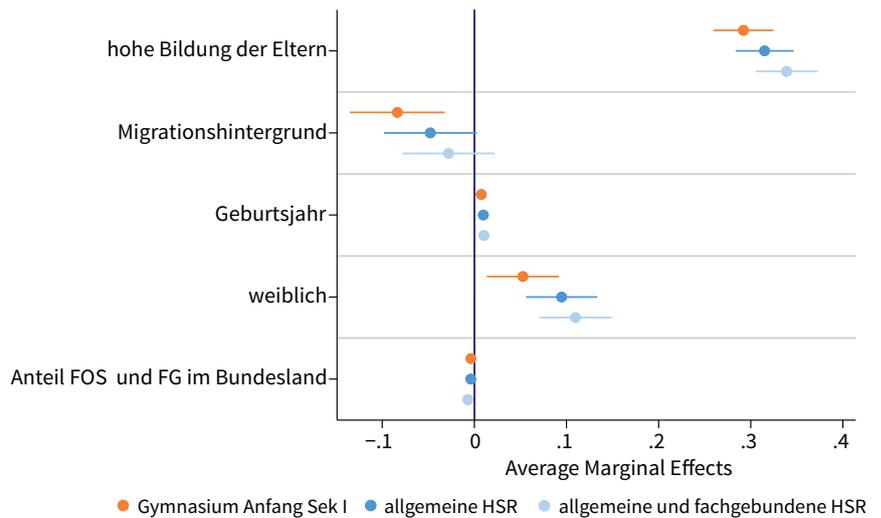
Wir können damit festhalten, dass sich in der einfachen bivariaten Betrachtungsweise keine Anzeichen dafür finden lassen, dass die Gruppe der Jugendlichen mit niedriger Bildungsherkunft im Laufe der Sekundarstufe ihren Abstand zu jener mit höherer Bildungsherkunft reduzieren kann. Wohl gibt es jedoch

Grafik 4 Anteil der Schüler/-innen, die zu Beginn der Sekundarstufe I das Gymnasium besuchen bzw. die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife erlangen (nach Bildung der Eltern und Migrationshintergrund, in Prozent)



Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel V33

Grafik 5 Bildung der Eltern und Migrationshintergrund - logistische Regressionsmodelle zu Schulbesuch und Hochschulreife



Average Marginal Effects (AMEs)

Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel V33

Hinweise, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund ihren Abstand verringern können.

Im nächsten Schritt wollen wir klären, inwieweit sich diese Befunde auch bei Berücksichtigung von Kontrollvariablen in multiplen Regressionsanalysen bestätigen lassen. Dabei gehen wir auch auf unsere dritte und vierte Frage ein, ob es zu Veränderungen über die Geburtskohorten gekommen ist, und ob sich Anzeichen für einen ungleichheitsreduzierenden Einfluss von Fachoberschulen und Fachgymnasien in den Bundesländern finden lassen. In Grafik 5 sind die Befunde von drei logistischen

Regressionsmodellen für unsere drei abhängigen Variablen wiedergegeben; für die unabhängigen Variablen sind die durchschnittlichen marginalen Effekte abgetragen. Diese geben an, um wie viele Punkte sich im Durchschnitt die Wahrscheinlichkeit für den Wert 1 der abhängigen Variable ändert, wenn der Wert der unabhängigen Variable um eine Einheit steigt.

Zunächst zu den inhaltlich primär interessierenden Merkmalen: Hat mindestens ein Elternteil das Abitur, ist die Wahrscheinlichkeit in der Sekundarstufe das Gymnasium zu besuchen ceteris paribus um etwa 30 Prozentpunkte

erhöht. Am Ende der Sekundarstufe II liegt der Vorsprung beim Erwerb des Abiturs bei 32 Prozentpunkten und beim Erwerb der allgemeinen oder fachgebundenen Hochschulreife bei 34 Prozentpunkten. Die Konfidenzintervalle überlappen sich und weisen damit nicht auf eine signifikante Vergrößerung der Ungleichheit hin. Eindeutig ist es jedoch auch zu keiner Abnahme des Herkunftseffektes gekommen. Auch dieser Befund steht im Widerspruch zu den Ergebnissen von Kurz und Böhner-Taute (2016), die allerdings wie erwähnt nur den Besuch von Schulformen, die zur Fachhochschulreife führen, und nicht den Schulabschluss untersuchten. Im Einklang stehen unsere Befunde mit jenen für ältere Geburtsjahrgänge von in den 1960er und 1970er Jahre geborenen Schülerinnen und Schüler (vgl. z.B. Hillmert & Jacob 2005a).

Anders entwickeln sich die marginalen Effekte beim Migrationshintergrund: Zu Beginn der Sekundarstufe I besuchen Kinder mit Migrationshintergrund *ceteris paribus* im Durchschnitt um 8,4 Prozentpunkte seltener das Gymnasium. Damit ist ihre Positionierung im Bildungssystem ungünstiger, auch wenn der wichtigste Prädiktor für die Schulwahl, der Bildungshintergrund der Eltern statistisch kontrolliert wird. Allerdings deuten die marginalen Effekte für den Erwerb der Hochschulreife darauf hin, dass die Schüler/-innen mit Migrationshintergrund im Laufe der Sekundarstufe aufholen – der Unterschied beträgt noch 4,8 Prozentpunkte in Bezug auf die allgemeine Hochschulreife und 3,0 Prozentpunkte, wenn daneben auch die Fachhochschulreife berücksichtigt wird. Letztgenannter Unterschied ist nicht mehr signifikant von Null verschieden. Die Konfidenzintervalle der Koeffizienten überlappen sich deutlich, so dass der Befund einer Abnahme der Effekte nicht als gesichert gelten kann. Allerdings kann mit einiger Sicherheit angenommen werden, dass sich die relative Position von Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Bezug auf den Erwerb der Fachhochschul- oder allgemeinen Hochschulreife im Bildungsverlauf nicht verschlechtert.

Neben diesen Hauptbefunden ist erwähnenswert, dass junge Frauen

nicht nur zu Beginn der Sekundarstufe schulisch erfolgreicher sind, sondern auch am Ende der Sekundarstufe II. Daneben ist in Grafik 5 erkennbar, dass die Wahrscheinlichkeiten für den Besuch eines Gymnasiums und den Erwerb der allgemeinen bzw. der Fachhochschulreife über die Jahrgänge der 1983 bis 1995 Geborenen ansteigen (zwischen 0,7 und 1 Prozentpunkten pro Jahr; alle Koeffizienten signifikant von Null verschieden). Weitere Analysen (ohne Abbildung) zeigen, dass es sich dabei im Wesentlichen um lineare Anstiege handelt und dass sie nicht mit der Bildungsherkunft oder dem Migrationshintergrund variieren (vgl. Tabellen im Anhang). Dieses Ergebnis widerspricht unserer Ausgangsüberlegung, dass der Ausbau von Fachoberschulen und Fachgymnasien die Bildungschancen für (beim ersten Bildungsübergang) benachteiligte Gruppen erhöht haben könnte.

Um zu überprüfen, ob das in den Bundesländern unterschiedlich stark ausgebaute Angebot an Fachoberschulen und Fachgymnasien zur Höherqualifizierung beiträgt, haben wir einen Indikator für die im fraglichen Zeitraum durchschnittlichen relativen Anteile dieser Schularten in den Bundesländern in die Regressionsmodelle aufgenommen. Wider Erwarten finden wir signifikante negative Effekte für den Indikator. Bei einem Anstieg der Schüler/-innenzahlen in Fachoberschulen oder Fachgymnasien um 10 Prozentpunkte *sinkt* die Wahrscheinlichkeit ein Gymnasium zu besuchen bzw. das Abitur oder die Fachhochschulreife zu erreichen um 3,7 bis 7,1 Prozentpunkte.¹² Während dies für den Gymnasialbesuch in der Sekundarstufe I noch plausibel erscheint, hatten wir erwartet, dass der Ausbau dieser zusätzlichen Schulformen den Erwerb der Hochschulreife wahrscheinlicher macht. Hierfür lassen sich im Bundesländervergleich keine Anzeichen erkennen. In tiefergehenden Analysen ergeben sich zudem keine Hinweise, dass sich die Aufbaus Schulformen je nach Bildungsherkunft oder Migrationshintergrund unterschiedlich auf den Bildungserfolg auswirken (vgl. Tabellen im Anhang).

Gleichzeitig ist festzustellen, dass der

relative Anteil von Fachoberschulen und Fachgymnasien sehr hoch und negativ ($r=-0,85$) mit dem Ausbau von Gesamtschulen korreliert. Weitere Regressionsanalysen zeigen, dass der relative Anteil von Gesamtschulen in signifikanter positiver Beziehung zur Wahrscheinlichkeit des Erwerbs der allgemeinen und fachgebundenen Hochschulreife steht (vgl. Tabellen im Anhang). Dies weist auf die Komplexität der Zusammenhänge hin sowie darauf, dass die institutionellen Rahmenbedingungen differenzierter berücksichtigt werden müssen.

Zusammenfassung und Ausblick

In unserem Beitrag stand die Frage im Mittelpunkt, ob sich im Zuge des Ausbaus der Aufstiegsmöglichkeiten in der Sekundarstufe die Bildungsungleichheiten zwischen Jugendlichen unterschiedlicher sozialer und ethnischer Herkunft im Bildungsverlauf verändern. Die Beantwortung dieser Frage ist bildungspolitisch relevant, denn sie kann Aufschluss darüber geben, ob eine erhöhte Durchlässigkeit in der Sekundarstufe und der Ausbau von Fachoberschulen und Fachgymnasien zu einem Abbau ungleicher Bildungschancen beitragen. Bei den darauf bezogenen Analysen ist die Unterscheidung zwischen konditionaler und unkonditionaler Perspektive wichtig (vgl. Schindler 2015). Nur Analysen in der zweiten Perspektive können über den letztlichen Erfolg von Bildungspolitik bezogen auf den Abbau sozialer und ethnischer Ungleichheiten im Bildungssystem Auskunft geben.

Im Hinblick auf diese zentrale Frage haben unsere Analysen (in unkonditionaler Perspektive) gezeigt, dass sich die Nachteile von Schülerinnen und Schülern aus Familien mit niedriger Bildungsherkunft im Bildungsverlauf nicht abschwächen; in der Tendenz (statistisch nicht gesichert) deutet sich sogar eine leichte Verstärkung an. Damit sind unsere Ergebnisse konsistent mit Raymond Boudons theoretischen Überlegungen, dass Jugendliche aus Familien mit günstiger Ressourcenausstattung an allen Bildungsübergängen höhere Wahrscheinlichkeiten für die Wahl einer staturhöheren Schulform haben sollten,

was unter bestimmten Bedingungen insgesamt zu einer Stabilität oder sogar Erhöhung von Bildungsungleichheiten im Bildungsverlauf führt.

Hingegen scheinen Jugendliche mit Migrationshintergrund sogar aufzuholen und – wenn sowohl die allgemeine als die auch fachgebundene Hochschulreife einbezogen wird – mit den einheimischen Schülerinnen und Schülern gleichzuziehen. Dies steht im Einklang mit dem durchgängigen Befund besonders hoher Bildungsaspirationen in Familien mit Migrationshintergrund. Nochmals zu betonen ist jedoch, dass das beobachtete Aufholen in dieser Gruppe nur unter ceteris paribus Bedingungen gilt; sprich: vor allem bei gleicher Bildungsherkunft findet ein Aufholen statt. Das Ergebnis sollte jedoch nicht überbewertet werden, da Jugendliche mit Migrationshintergrund überproportional aus Familien mit niedriger Bildungsherkunft kommen und deshalb weniger stark als die einheimischen Jugendlichen in höheren Sekundarschulformen vertreten sind.

Unsere Studie weist mehrere Einschränkungen auf. So haben wir zur Vereinfachung nur einen Indikator für die soziale Herkunft einbezogen; weitere Analysen (ohne Abbildung) zeigen, dass sich auch bei Berücksichtigung der Klassenlage die gleichen Hauptbefunde ergeben. Eine Schwachstelle unserer Analysen ist auch die grobe Differenzierung zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund, da es erhebliche Unterschiede im sozioökonomischen Hintergrund zwischen ethnischen Gruppen gibt. Angesichts relativ kleiner Fallzahlen für die verschiedenen ethnischen Gruppen lässt sich dieses Problem in zukünftigen Analysen mit SOEP-Daten wohl nicht beheben.

Eine weitere Einschränkung unserer Analysen besteht darin, dass wir nur ansatzweise die institutionellen Rahmenbedingungen in den Bundesländern berücksichtigen. Trotzdem ist alles in allem zu resümieren, dass die optimistische Erwartung, Aufbauschulformen würden in größerem Umfang dabei helfen, soziale Ungleichheiten im Bildungsverlauf zu reduzieren, an der empirischen Realität vorbeigeht. Auch unsere grundlegende Annahme, dass insbesondere

der Ausbau von Fachoberschulen und Fachgymnasien für den Anstieg der Zahlen der Absolventinnen und Absolventen mit Hochschulreife verantwortlich ist, ist wohl zu einfach. Stattdessen erscheint es plausibel, dass verschiedene institutionelle Möglichkeiten der Öffnung innerhalb der Sekundarstufe zu einem Ansteigen der Hochschulreifezeugnisse beigetragen haben. So zeigen unsere Analysen, dass mit einem höheren Anteil von Gesamtschulen auf Bundeslandebene mehr Schülerinnen und Schüler die Hochschulreife erwerben. Gleichzeitig deutet die hohe negative Korrelation zwischen dem Anteil an Gesamtschulen und Aufbauschulen darauf hin, dass Bundesländer tendenziell die eine oder andere Strategie zur Öffnung ihres Bildungssystems beschreiten. Zum Einfluss der bundeslandspezifischen institutionellen Rahmenbedingungen auf die Entwicklung sozialer Ungleichheiten im Bildungsverlauf sind weitere Forschungen notwendig.

Literatur

- Allmendinger, J. (1989). *Career mobility dynamics. A comparative analysis of the United States, Norway, and West Germany*. Berlin: Edition Sigma.
- Becker, B. & Gresch, C. (2015). Bildungsaspirationen in Familien mit Migrationshintergrund. In C. Diehl, C. Hunkler & C. Kristen (Hrsg.), *Ethnische Ungleichheiten im Bildungsverlauf: Mechanismen, Befunde, Debatten* (S. 73-115). Wiesbaden: VS.
- Böhner-Taute, E. (2018). *Chancenungleichheiten im Bildungsverlauf. Soziale, ethnische und bundeslandspezifische Einflüsse*. Wiesbaden: Springer VS.
- Boudon, R. (1974). *Education, Opportunity, and Social Inequality*. New York: John Wiley & Sons.
- Breen, R. & Goldthorpe J. H. (1997). Explaining Educational Differentials. Towards a Formal Rational Action Theory. *Rationality and Society* 9, 275-305.
- Diehl, C., Hunkler, M., & Kristen, C. (2015). Ethnische Ungleichheiten im Bildungsverlauf. Eine Einführung. In C. Diehl, C. Hunkler & C. Kristen (Hrsg.), *Ethnische Ungleichheiten im Bildungsverlauf: Mechanismen, Befunde, Debatten* (S. 3-31). Wiesbaden: VS.
- Dollmann, J. (2015). Der Übergang von der Primar- in die Sekundarstufe. In C. Diehl, C. Hunkler & C. Kristen (Hrsg.), *Ethnische Ungleichheiten im Bildungsverlauf: Mechanismen, Befunde, Debatten* (S. 517-542). Wiesbaden: VS.
- Dumont, H., Maaz, K., Neumann, M., & Becker, M. (2014). Soziale Ungleichheiten beim Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe I: Theorie, Forschungsstand, Interventions- und Fördermöglichkeiten. *Zeitschrift für Erziehungswissenschaft*, 17(2), 141-165.
- Esser, H. (1999). *Soziologie: Spezielle Grundlagen: Band 1. Situationslogik und Handeln*. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Glaesser, J. (2008). *Soziale und individuelle Einflüsse auf den Erwerb von Bildungsabschlüssen*. Konstanz: UVK.
- Gresch, C. (2015). Ethnische Ungleichheit in der Grundschule. In C. Diehl, C. Hunkler & C. Kristen (Hrsg.), *Ethnische Ungleichheiten im Bildungsverlauf: Mechanismen, Befunde, Debatten* (S. 475-515). Wiesbaden: VS.
- Henz, U. (1997a). Der Beitrag von Schulformwechseln zur Offenheit des allgemeinbildenden Schulsystems. *Zeitschrift für Soziologie* 26(1), 53-69.
- Henz, U. (1997b). Die Messung der intergenerationalen Vererbung von Bildungsungleichheit am Beispiel von Schulformwechseln und nachgeholtten Bildungsabschlüssen. In R. Becker (Hrsg.), *Generationen und sozialer Wandel. Generationsdynamik, Generationsbeziehungen und Differenzierung von Generationen* (S. 111-135). Opladen: Leske & Budrich.
- Hillmert, S. & Jacob, M. (2005a). Institutionelle Strukturierung und interindividuelle Variation. Zur Entwicklung herkunftsbezogener Ungleichheiten im Bildungsverlauf. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 57(3), 414-442.
- Hillmert, S. & Jacob, M. (2005b). Zweite Chance im Schulsystem? Zur sozialen Selektivität bei ‚späteren‘ Bildungsentscheidungen. In P. Berger & H. Kahlert (Hrsg.), *Institutionalisierte Ungleichheiten. Wie das Bildungswesen Chancen blockiert* (S. 155-178). Weinheim/München: Juventa.
- Hillmert, S. & Jacob, M. (2010). Selections and Social Selectivity on the Academic Track: A Life-Course Analysis of Educational Attainment in Germany. *Research in Social Stratification and Mobility* 28, 59-76.
- Jacob, M. & Tieben, N. (2010). Wer nutzt die Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Schulformen? Soziale Selektivität bei Schulformwechseln und nachgeholtten Schulabschlüssen. In B. Becker (Hrsg.), *Vom Kindergarten bis zur Hochschule. Die Generierung von ethnischen und sozialen Disparitäten in der Bildungsbiographie* (S. 145-178). Wiesbaden: VS.
- Kristen, C., Edele, A., Kalter, F., Kogan, I., Schulz, B., Stanat, P., & Will, G. (2011). The education of migrants and their children across the life course. *Zeitschrift für Erzie-*

- hungswissenschaft 14, 121-137.
- Kristen, C. & Dollmann, J. (2010). Sekundäre Effekte der ethnischen Herkunft: Kinder aus türkischen Familien am ersten Bildungsübergang. In B. Becker & D. Reimer (Hrsg.), *Vom Kindergarten bis zur Hochschule. Die Generierung von ethnischen und sozialen Disparitäten in der Bildungsbiographie* (S. 117-144). Wiesbaden: VS.
- Kurz, K. & Böhner-Taute, E. (2016). Wer profitiert von den Korrekturmöglichkeiten in der Sekundarstufe? *Zeitschrift für Soziologie* 45(6), 431-450.
- Kurz, K. & Paulus, W. (2008). Übergänge im Grundschulalter: Die Formation elterlicher Bildungsaspirationen. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongr. der Dt. Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006* (S. 5489-5503). Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Mare, R. D. (1980). Social Background and School Continuation Decisions. *Journal of the American Statistical Association* 75(370), 295-305.
- Müller, W. & Haun, D. (1994). Bildungsungleichheit im sozialen Wandel. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 46(1), 1-42.
- Neugebauer, M. (2010). Bildungsungleichheit und Grundschulempfehlung beim Übergang auf das Gymnasium: Eine Dekomposition primärer und sekundärer Herkunftseffekte. *Zeitschrift für Soziologie* 39(2), 202-214.
- Schimpl-Neimanns, B. (2000). Soziale Herkunft und Bildungsbeteiligung. Empirische Analysen zu herkunftsspezifischen Ungleichheiten zwischen 1950 und 1989. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 52(4), 636-669.
- Schindler, S. (2014). *Wege zur Studienberechtigung – Wege ins Studium? Eine Analyse sozialer Inklusions- und Ablenkungsprozesse*. Wiesbaden: Springer VS.
- Schindler, S. (2015). Soziale Ungleichheit im Bildungsverlauf – alte Befunde und neue Schlüsse? *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 67(3), 509-537.
- 1 Weitere Optionen sind die Abendrealschulen und Abendgymnasien, in denen Schulabschlüsse während des Erwerbslebens nachgeholt werden können. Diese Schulformen werden jedoch im vorliegenden Beitrag mit seiner Konzentration auf bis ca. 22-jährige Personen nicht berücksichtigt.
 - 2 Eigene Berechnungen auf der Basis von Tabelle 2.4.4, Datenportal des BMBF. (<http://www.datenportal.bmbf.de/portal/de/K241.html#chapters>; zuletzt aufgerufen am 20.06.2019).
 - 3 Dies sind die wichtigsten Schultypen der Sekundarstufe I, die nicht auf die Hochschulreife vorbereiten. Sie werden hier stellvertretend für alle derartigen Schultypen der Sekundarstufe I genannt.
 - 4 Wir sprechen von traditionellen oder regulären Gymnasien im Falle von Gymnasien, die mit der Sekundarstufe I beginnen, und im Gegensatz dazu von beruflichen oder Fachgymnasien, wenn wir uns auf eine Aufbauform des Gymnasiums beziehen.
 - 5 Einen Überblick zu möglichen weiteren Erklärungen des abnehmenden Einflusses sozialer Herkunft bei späteren Übergängen im Bildungsverlauf geben Hillmert & Jacob (2005: 420ff.).
- 6 Die obere Begrenzung auf das Geburtsjahr 1996 ist erforderlich, damit die Befragten beim letzten Interviewzeitpunkt (2016) mindestens im 20. Lebensjahr sind und der Bildungsverlauf bis dahin nachvollzogen werden kann.
 - 7 Für die Geburtsjahrgänge 1995 und 1996 können wir den Bildungsverlauf allerdings nur bis zum Alter von 21 bzw. 20 Jahren beobachten.
 - 8 Es handelt sich um den höchsten allgemeinbildenden Schulabschluss, den mindestens ein Elternteil erworben hat.
 - 9 Hierzu wurde die von der SOEP-Gruppe generierte Variable „migback“ verwendet. Aus dieser wird eine dichotome Variable gebildet, die den direkten und indirekten Migrationshintergrund im Gegensatz zu keinem Migrationshintergrund abbildet.
 - 10 Für jedes Bundesland wurde der durchschnittliche relative Anteil über drei Zeitpunkte (1999, 2005, 2011) gebildet; Prozentuierungsbasis ist die Gesamtheit von Gymnasien, Fachoberschulen, Fachgymnasien und Berufsoberschulen. (Eigene Berechnungen auf Basis der Fachserie 11.1 aus den Jahren 2002/03, 2013/14 und 2017/18 und der Fachserie 11.2 aus den Jahren 1999/2000, 2013/14 und 2017/18 des statistischen Bundesamtes.)
 - 11 Signifikant bei $p < 0,05$, einseitiger t-Test.
 - 12 Um die Effekte in der Graphik leichter erkennbar zu machen, haben wir die Variable rekodiert, so dass sie nun 10er Schritte abbildet: der Anstieg der Variable um eine Einheit steht für einen 10%-igen Anstieg.

Tabelle 1 Besuch eines Gymnasiums zu Beginn von Sekundarstufe I (logistische Regressionsanalysen)

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6	Modell 7	Modell 8
Eltern: Abitur (Ref.: kein Abitur)	0,295***	0,292***	-0,072	0,292***	0,291***	0,292***	0,291***	0,293***
Migrationshintergr. (Ref.: kein M.)	-0,084***	-0,084***	-0,084***	0,043	-0,084***	-0,091	-0,087***	-0,083**
Geburtsjahr	0,007*	0,008*	0,006	0,008*	0,008*	0,008*	0,007*	0,008*
Geschlecht (Ref.: männlich)	0,054**	0,053**	0,053**	0,053**	0,053**	0,053**	0,054**	0,053**
Rel. Anteil FOS u. FG in Bundesland		-0,037**	-0,037**	-0,037**	-0,037*	-0,037**		-0,042+
Interaktion Geburtsjahr*Bildung der Eltern			0,004					
Interaktion Geburtsjahr*Migrationshintergrund				-0,001				
Interaktion Bildung der Eltern*Anteil FOS und FG im BL					0,001			
Interaktion Migrationsh.*Anteil FOS und FG im BL						0,003		
Rel. Anteil Gesamtschulen im Bundesland							0,004*	-0,001
N	1979	1979	1979	1979	1979	1979	1979	1979
Pseudo R ²	0,1000	0,1035	0,1037	0,1035	0,1035	0,1035	0,1023	0,1035

Average Marginal Effects (AMEs), *** $p < 0,001$, ** $p < 0,01$, * $p < 0,05$, + $p < 0,1$

Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel V33

Tabelle 2 Erlangung der Allgemeinen Hochschulreife (logistische Regressionsanalysen)

	Modell 1	Modell 1a	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6	Modell 7	Modell 8
Eltern: Abitur (Ref.: kein Abitur)	0,319***	0,294***	0,315***	-0,127	0,315***	0,323***	0,315***	0,314***	0,316***
Migrationshintergr. (Ref.: kein M.)	-0,049+	-0,031	-0,048+	-0,048+	0,221	-0,048+	-0,083	-0,052*	-0,047+
Geburtsjahr	0,009***	0,009**	0,01***	0,008*	0,01***	0,01***	0,01***	0,009***	0,01***
Geschlecht (Ref.: männlich)	0,097***	0,065***	0,095***	0,095***	0,095***	0,095***	0,095***	0,096***	0,094***
Mathematiknote im Alter 16 (umgekehrt kodiert)		0,045***							
Deutschnote im Alter 16 (umgekehrt kodiert)		0,089***							
Rel. Anteil FOS u. FG in Bundesland			-0,038***	-0,038***	-0,038***	-0,037*	-0,042**		-0,046*
Interaktion Geburtsjahr*Bildung der Eltern				0,005					
Interaktion Geburtsjahr* Migrationshintergrund					-0,003				
Interaktion Bildung der Eltern*Anteil FOS und FG im BL						-0,003			
Interaktion Migrationsh.*Anteil FOS und FG im BL							0,015		
Rel. Anteil Gesamtschulen im Bundesland								0,004*	-0,001
N	1979	1979	1979	1979	1979	1979	1979	1979	1979
Pseudo R ²	0,1163	0,1538	0,1202	0,1205	0,1203	0,1202	0,1203	0,1188	0,1203

Average Marginal Effects (AMEs), *** $p \leq 0.001$, ** $p \leq 0.01$, * $p \leq 0.05$, + $p \leq 0.1$

Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel V33

Tabelle 3 Erlangung der Allgemeinen oder fachgebundenen Hochschulreife (logistische Regressionsanalysen)

	Modell 1	Modell 1a	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6	Modell 7	Modell 8
Eltern: Abitur (Ref.: kein Abitur)	0,345***	0,323***	0,339***	-0,254	0,339***	0,361***	0,339***	0,334***	0,336***
Migrationshintergr. (Ref.: kein M.)	-0,03	-0,015	-0,028	-0,029	0,123	-0,028	-0,04	-0,037	-0,033
Geburtsjahr	0,01***	0,01***	0,01***	0,008*	0,011***	0,01***	0,01***	0,01***	0,01***
Geschlecht (Ref.: männlich)	0,113***	0,087***	0,11***	0,11***	0,109***	0,11***	0,11***	0,113***	0,111***
Mathematiknote im Alter 16 (umgekehrt kodiert)		0,048***							
Deutschnote im Alter 16 (umgekehrt kodiert)		0,077***							
Rel. Anteil FOS u. FG in Bundesland			-0,072***	-0,072***	-0,072***	-0,069***	-0,073***		0,005+
Interaktion Geburtsjahr*Bildung der Eltern				0,007					
Interaktion Geburtsjahr* Migrationshintergrund					-0,002				
Interaktion Bildung der Eltern*Anteil FOS und FG im BL						-0,009			
Interaktion Migrationsh.*Anteil FOS und FG im BL							0,005		
Rel. Anteil Gesamtschulen im Bundesland								0,009***	-0,037
N	1979	1979	1979	1979	1979	1979	1979	1979	1979
Pseudo R ²	0,1168	0,1460	0,1293	0,1297	0,1293	0,1294	0,1293	0,1295	0,1304

Average Marginal Effects (AMEs), *** $p \leq 0.001$, ** $p \leq 0.01$, * $p \leq 0.05$, + $p \leq 0.1$

Datenbasis: Sozio-oekonomisches Panel V33

 Karin.Kurz@sowi.uni-goettingen.de
 Judith.Lehmann@uni-goettingen.de
 Julian.Theunissen@klasse2018.teachfirst.de

doi: 10.15464/isi.63.2019.6-15

Politische Spaltung in Deutschland?

Politbarometeranalysen auf Basis des Links-Rechts-Kontinuums

Helmut Klages & Sebastian Will

Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

Annäherung an das Thema

Die Rolle der „Spaltung“ in aktuellen Diskursen

Mit auffällender Häufigkeit wird in den öffentlichen Diskursen seit einiger Zeit das Wort „Spaltung“ verwendet, wenn es um die Beschreibung des gegenwärtigen Zustands der Gesellschaft in Deutschland geht. Offenbar ist hierbei nicht wie in der marxistischen Gesellschaftstheorie eine klare Grenze zwischen verschiedenen „Klassen“, oder zumindest eine deutliche Schnittlinie zwischen sozialen „Schichten“ gemeint, wie sie über Jahrzehnte hinweg die Soziologie verwendete, um die Gesellschaftsstruktur zu charakterisieren. Viel eher drückt sich in dem Wort „Spaltung“ das Gefühl eines Zerfalls elementarer gesellschaftlicher Bindungen und eines Zerbrechens des gesellschaftlichen Zusammenhalts aus, wobei die Benennungen der konkreten Sachverhalte, um die es geht, eher tastend und unsicher, wie auch eher uneinheitlich als einheitlich sind.

Zwar sind hierfür verschiedene Beschreibungsvokabeln im Umlauf, die aber ihrerseits relativ unscharf und widersprüchlich sind. Dies gilt z.B. auch für den inzwischen gängig gewordenen Ausdruck „Populismus“, der in die Richtung eines sich angeblich ausbreitenden Verlusts zivilisierter Kommunikationskultur, einer um sich greifenden „Verrohung“, einer zunehmenden Neigung zur Aggression, zum chaotischen Aufbegehren gegen Autoritäten, zur Empörung gegen stärker als früher wahrgenommene Benachteiligungen, wie auch zur Abwehr alles Fremden zielt, das als Bedrohung elementarer

kultureller Besitzstände und persönlicher Sicherheiten erlebt wird. Wo nach den verursachenden Einflüssen gefragt wird, findet man sie häufig im „Rechtsradikalismus“ einer neuen Partei, der AfD, der eine bedingungslose Systemfeindschaft und antidemokratische Zerstörungswut zugeschrieben wird. Man sucht sie andererseits aber auch - tiefer schürfend und nach den Gründen für die Expansion dieser Partei fragend - in einem fundamentalen Politikversagen, das angeblich einer zum Dauerzustand werdenden großen Koalition der Volksparteien („Groko“ genannt) innewohnt, die sich zwar im Bestreben nach Machterhalt aneinander geklammert, gleichzeitig aber auch ineinander verhakt und gegenseitig immobilisiert haben sollen, so dass ein anhaltender Stillstand der Politik eingetreten sei, der sich mit der passiven Hinnahme einer zunehmenden „Abhängung“ und Gefährdung wachsender Bevölkerungsteile inmitten eines fortschreitenden Prozesses gesellschaftlicher und technologischer Modernisierung verbinde

Eignung der Links-Rechts-Skala für die Analyse der „Spaltung“?

Nachfolgend wird von der *These* ausgegangen, dass dieses Negativbild, das die deutsche Gesellschaft gegenwärtig von sich selbst entwickelt, an wesentlichen Punkten unzutreffend ist und der Korrektur bedarf. Unsere Absicht ist es, hierzu nachfolgend einen Versuch zu unternehmen.

Es wird hierbei ein empirisches Vorgehen gewählt, wobei der ins Auge gefasste thematische Ansatzpunkt sein soll, die Vorstellung einer um sich

greifenden gesellschaftlichen - bzw. sozio-politischen „Spaltung“ einer kritischen Überprüfung zu unterziehen. Wir meinen, dass es sich anbietet, hierbei auf das Instrument des „Links-Rechts-Kontinuums“ zurückzugreifen, für das u.a. im Rahmen des von der Forschungsgruppe Wahlen in dichter Folge erhobenen „Politbarometers“ Daten vorliegen, das 1977 zum ersten Mal ins Feld ging.

Allerdings erlauben es die verfügbaren Daten nicht, die Untersuchung einschränkungslos auf die gesamte bisherige Laufzeit dieses Instruments zu beziehen. Als Grundlage unserer empirischen Arbeit dient uns einerseits die Erfassung *der Selbstverortung der Befragten im Links-Rechts-Spektrum*, die seit 1997 regelmäßig, d.h. zumeist monatlich erfragt wurde und die von uns erst ab diesem Jahr einbezogen wird. Die zweite von uns ausgewertete Frage bezieht sich auf die Einschätzung *der Position der politischen Parteien in diesem Spektrum*, deren regelmäßige Erfassung mit dem Jahr 2005 begann, seit welchem sie mindestens einmal pro Jahr gestellt wurde und das wir unserer Untersuchung als Startjahr zugrunde legen. In beiden Fällen liegen vor den genannten Jahren Befragungsergebnisse nur für einzelne Jahre, wie teilweise auch nur Skalen mit einer sehr geringen Zahl von Messpunkten vor, die wir aus beiden Gründen angesichts allzu eingeschränkter Vergleichsmöglichkeiten nicht berücksichtigen.

Wir denken, dass die damit verfügbare Datengrundlage ungeachtet der vorgenommenen Reduzierungen eine sehr gute Chance bietet, unter lückelloser und ausreichend differenzierter Berücksichtigung der Entwicklungen,

die sich im Verlauf einer größeren Zeitspanne eingestellt haben, zu einer sachhaltigen Überprüfung unserer vorstehend genannten These zu gelangen. Allerdings muss der Verwendung dieses Instruments die *Frage* vorangehen, inwieweit empirische Daten zur Erfassung der Links-Rechts-Unterscheidung überhaupt geeignet sind, die Realistiken gegenwärtiger „Spaltungs“-Behauptungen zu überprüfen. Es kann hierbei nicht außer Acht gelassen werden, dass die Frage nach der Aussagekraft dieser Unterscheidung bereits Tradition hat und dass schon frühzeitig der elementare Einwand eine Rolle spielte, die ursprüngliche Bedeutung der Begriffe „links“ und „rechts“ sei überholt, so dass für die Erfassung zwischenzeitlich eingetretener sozio-politischer Spannungen und Gegensätze andere – und möglicherweise auch differenziertere – Begriffe verwendet werden müssten.

Bei der unumgänglichen Auseinandersetzung mit diesem Einwand legt es sich nahe, auf Publikationen von Dieter Fuchs und Hans-Dieter Klingemann, d.h. von Sozialwissenschaftlern zurückzugreifen, denen unseres Erachtens besonders beachtenswerte Ergebnisse bei der Behandlung der Frage nach einer fortgesetzten Geltung und einer somit gesicherten Verwendbarkeit der Links-Rechts-Unterscheidung für aktuelle Forschungsfragen zu verdanken sind.

Den beiden Autoren zufolge ist der Einwand des Veraltetseins gegenüber der Links-Rechts-Unterscheidung unzutreffend, weil hierbei deren Aussagekraft massiv unterschätzt werde. Den Autoren zufolge handelt es sich bei dem Links-Rechts-Schema um eine fundamentale „räumliche Metapher“, welche *in einer von spezifischen Inhalten unabhängigen Weise* eine grundlegende Orientierung in der Konfrontation mit differenzierten Sachverhalten beliebiger Art ermöglicht und der somit – unter Bezugnahme auf N. Luhmann – die Funktion eines allgemein anwendbaren „Mechanismus zur Reduzierung von Komplexität“ zugeschrieben werden kann. Diese Skala lässt sich somit, ihrer Auffassung zufolge, als ein „generalisiertes Kommunikationsmedium“ verstehen, das – auch bei „nicht-identischem Verständnis“ der jeweiligen

Inhalte – „folgenreiche Kommunikation“ ermöglicht (Fuchs & Klingemann 1989). Grob gesagt wäre nach der Auffassung der Autoren das Links-Rechts-Schema somit selbst dann noch einsetzbar, wenn die Unterscheidung zwischen linken und rechten Positionen „in der Alltagssemantik der Politik“ überhaupt nicht (oder nicht mehr) vorkommen sollte.

Wie wir meinen, spricht es für die Berechtigung dieser Interpretation, dass ihr unseres Wissens bisher an keiner Stelle der relativ umfangreichen einschlägigen Literatur eine grundsätzliche Ablehnung zuteil wurde. Dennoch wollen wir bei unserer eigenen Entscheidung zur Verwendung des „Links-Rechts-Kontinuums“ des Politbarometers für die Überprüfung der „Spaltungs“-Behauptung auf einfachere und alltagsnähere Begründungen nicht verzichten.

In diesem Zusammenhang messen wir vor allem der Tatsache große Bedeutung zu, dass die traditionsreiche Links-Rechts-Unterscheidung auch im gegenwärtigen Politikbetrieb noch eine höchst bedeutsame Rolle spielt, wengleich sich ihre Inhalte seit der anfänglichen Verwendung des Begriffspaares mit Sicherheit stark geändert haben und fortlaufend weiter verändern. Um diese Feststellung zu verifizieren, bedarf es einerseits nur des Hinweises auf die geradezu systemerschütternde Rolle der AfD, die sich zwar heftig dagegen wehrt, als eine „rechtsradikale“ Partei bezeichnet zu werden, die sich jedoch keinesfalls gegen die Einordnung auf der „rechten“ Seite des Parteienspektrums

zur Wehr setzt und deren Anhänger bei den Politbarometer-Befragungen keinerlei Hemmungen haben, ihrer Partei und sich selbst einen „rechten“ Standort zuzuschreiben (vgl. hierzu auch später). Ähnliches lässt sich andererseits aber auch für die Verhältnisse auf der linken Seite des Spektrums feststellen. Die Fortdauer von „links“ wird bereits eindeutig durch die Existenz einer Partei, die diese Standortbezeichnung bekenntnishaft im Namen führt, wie neuerdings aber auch durch eine „Bewegung“ demonstriert, die sich zwar den neutralen Titel „Aufstehen!“ zugelegt hat, die jedoch höchst dezidiert einen Standort im „linken“ Bereich des Spektrums beansprucht.

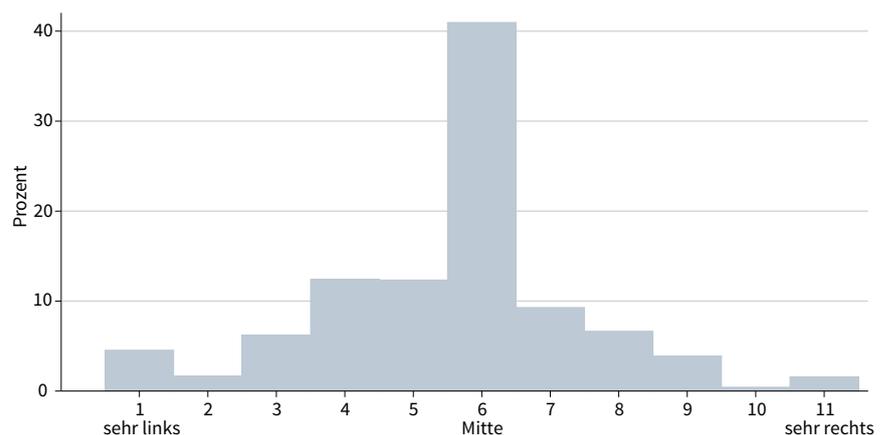
Ist die politische „Mitte“ eine messbare Realität?

Im Unterschied zu Fuchs und Klingemann wollen wir allerdings einen Vorbehalt eines Großteils der Befragten gegenüber ihrer bedingungslosen Einordnung in das Links-Rechts-Schema zur Geltung kommen lassen, dem wir eine grundsätzliche Bedeutung zuschreiben.

Was wir im Auge haben, lässt sich am besten anhand der nachfolgenden Grafik 1 verdeutlichen, welche die Selbstzuordnung der Befragten im Links-Rechts-Kontinuum auf Grundlage der die Jahre 1997 bis 2017 einbeziehenden Gesamtkumulation des Politbarometers wiedergibt:

Zur Erläuterung sei darauf hingewiesen, dass das Politbarometer eine 11-teilige Skala verwendet, die den

Grafik 1 Kumulierte Häufigkeitsverteilung des Links-Rechts-Kontinuums (1997-2017)



Datenbasis: Politbarometer (ZA5100 und ZA6988) eigene Berechnungen

Befragten die Möglichkeit gibt, sich mit der Entscheidung für den Skalenpunkt „6“ exakt in der Mitte des politischen Spektrums, d.h. grob gesprochen jenseits von (oder ggf. auch gleichzeitig bei) „links“ und „rechts“, zu verorten, was ein überraschend großer Teil der Befragten (vgl. Schaubild 1) auch tatsächlich tut.

Fuchs und Klingemann schließen diese Möglichkeit ausdrücklich aus, indem sie in der von ihnen bei eigenen Untersuchungen angewandten Links-Rechts-Skala keinen Skalenpunkt vorsehen, der exakt die Mitte verkörpert. Ihre Skala enthält - im Unterschied zum Politbarometer und anderen Wiederholungsbefragungen wie der Shell-Jugendstudie, der Bevölkerungsumfrage von Infratest Dimap, oder etwa der Bevölkerungsumfrage zur politischen Kultur des Landes Thüringen - nur 10 Punkte, von denen 5 auf der rechten und 5 auf der linken Seite liegen, so dass sich für die Befragten der Zwang ergibt, sich entweder für „links“ oder für „rechts“ zu entscheiden. Die Autoren rechtfertigen diesen Rigorismus mit dem in der sozialwissenschaftlichen Empirie auch anderweitig vertretenen, aber keinesfalls unumstrittenen Standpunkt, dass es notwendig sei, der vermutlichen Neigung vieler Befragungsteilnehmer vorzubeugen, die Mitte nur deshalb zu wählen, um dem Zwang zur Entscheidung zwischen Alternativen zu entgehen und dadurch eine psychische Entlastung zu erzielen (Fuchs & Klingemann 1990).

Ganz abgesehen davon, dass es grundsätzlich bedenklich erscheinen muss, aus einem befragungstechnischen Grund ohne nähere Überprüfung ca. 40% der Befragungsteilnehmer zu einer ihren spontanen Neigungen vermutlich widersprechenden Entscheidung zu zwingen, können wir eine solche Amputation auch aus inhaltlichen Gründen nicht mitvollziehen. Kurz gesagt erscheint die in dem Standpunkt der Autoren versteckte Annahme, dass es eine „echte“ politische Mitte nicht – oder nur in einem vernachlässigbaren Ausmaß – gibt, schon von einem alltagspragmatischen Standpunkt aus gesehen, den wir aus Vereinfachungsgründen anstelle einer Auseinandersetzung mit der relativ komplexen Bedeutungsgeschichte des

„Mitte“-Begriffs (vgl. etwa Bentzin 2014) einnehmen, nicht haltbar.

Es spricht hiergegen bereits der in der Parteienlandschaft etablierte Satz, dass „Wahlen in der Mitte gewonnen“ werden (wobei vermutlich nicht nur ein einzelner Skalenpunkt gemeint ist). Der Annahme, dass es sich bei der „Mitte“ zwischen „Links“ und „Rechts“ um eine substantielle Realität handelt, wächst allein schon mit diesem einen erfahrungsbegründeten und höchst pragmatisch gemeinten Satz, dem eine zentrale Orientierungsfunktion für reales Handeln zukommt, ein schwerwiegender Richtigkeitsbeleg zu.

Des Weiteren lassen sich aber dafür, dass es sich bei den Befragten, die sich für die „Mitte“ entscheiden, um einen Bevölkerungsteil mit Eigenschaften handelt, die bei Menschen, die „linke“ oder „rechte“ Positionen angeben, nicht oder nicht in gleichem Umfang vorkommen, vielfältige Belege vorfinden, deren Beobachtung und Beschreibung schon bei Aristoteles nachweisbar ist (siehe Aristoteles 1958).

Offenbar handelt es sich bei diesen Sonder-Eigenschaften einerseits um *sozialstrukturelle Merkmale*, die M. Meister folgendermaßen beschreibt: „Die Mitte, das ist ein Großteil der Angestellten in den verschiedensten Bereichen unserer Wirtschaft. Nicht nur ist sie im öffentlichen Dienst, in den Städten und Gemeinden von der Kita über die Pflegeeinrichtungen bis hin zur Politik vertreten; die Mitte wird vielmehr auch durch die vielen Selbständigen ... repräsentiert. Die Mitte, das ist aber auch der gewerbliche Mittelstand mit seinen zahlreichen ... kleinen Unternehmen.“ (Meister 2016). Es werden andererseits aber auch verschiedene *Einstellungsmerkmale* genannt, die W. Tischner - mit einiger Gewaltigkeit - mit der Feststellung einer „Äquidistanz zwischen linken Utopien und rechtspopulistischen Vorstellungen“ zu erfassen versucht (Tischner 2016). Der Politologe K.- R. Korte wird konkreter, wenn er feststellt: Das „Grundempfinden“ der Mitte „zielt eindeutig auf soziale und innere Sicherheit, Verlässlichkeit, Status quo-Dominanz und ein Versprechen der Planbarkeit des Lebens.“ Sie sucht „nach einer

Verbindung aus moralischem Ernst, gemeinwohlorientiertem Kaufmannsgeist, sozialem Pragmatismus und Autonomie ...“, wie auch nach dem „Erhalt unseres sozialen und gesellschaftlichen Friedens in einer heterogenen Gesellschaft“ (Korte 2016). Aus politischer Sicht ergänzt A. Kramp-Karrenbauer: „Zur ‚gesellschaftlichen Mitte‘ gehören alle diejenigen, die auf dem Boden unserer freiheitlichen Ordnung stehen ... Das umfasst zunächst ein klares Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie. Hinzu kommt aber die Unterstützung des Leistungsgedankens – zusammengefasst durch die Formel der sozialen Marktwirtschaft: ‚Aufstieg durch Leistung‘ –, was wiederum den Gedanken der Chancengleichheit voraussetzt und deutlich macht, warum das Thema Bildung einen zentralen Wert besitzt“ (Kramp-Karrenbauer 2016).

Eine oder mehrere Spannungslinien?

Dem Plädoyer für die Einbeziehung der „Mitte“ in die Links-Rechts-Skala lässt sich die Behauptung hinzufügen, dass diese Skala erst mit der Ergänzung durch diese scheinbar aus dem Rahmen fallende Kategorie diejenige Qualität erhält, die mehrere Autoren im Auge haben, wenn sie die Spannung zwischen „Links“ und „Rechts“ als *ein „Super-Issue“ oder eine „Hauptachse“* des politischen Raums bezeichnen (vgl. z.B. Gabel u. Huber 2000, Pappi u.a. 2011, Wagschal und König 2015, Däubler 2017). Sie setzen sich damit – wie wir meinen zu Recht – von einer gegenwärtig verbreiteten Neigung ab, von einer auf gleichgewichtige Weise pluralistisch gelagerten Spannungs- und Konfliktstruktur des sozio-politischen Raumes auszugehen, die sich gelegentlich mit der Darstellung eines Achsenkreuzes senkrecht zueinander stehender Linien verbindet, die voneinander unabhängige Dimensionen verkörpern sollen und die dementsprechend an ihren Polen unterschiedliche Benennungspaare aufweisen.

Unseres Erachtens eröffnet die Detailanalyse des sozio-politischen Raumes zwar durchaus die Möglichkeit zur Entwicklung mehrdimensionaler

Modelle (vgl. etwa W. Müller 1999), die aber einer folgenreichen Schwäche zum Opfer fallen, wenn sie sich mit der Verneinung der Existenz einer Hauptachse mit besonderem Einflussgewicht verbinden. Diese Schwäche wird relativ schnell bei einer genaueren Betrachtung der meist nur skizzenhaften Achsenkreuz-Darstellungen erkennbar, die in der aktuellen Literatur auffindbar sind. So unterscheiden z.B. Bukow und Jun bei ihrer Darstellung aktueller „Konfliktlinien“ des sozio-politischen Raumes „jenseits von ‚rechts‘ und ‚links‘“ zwei senkrecht zueinander stehende Linien mit den Pol-Benennungen „Libertäre Politik“ versus „Autoritäre Politik“ und „Liberale Marktwirtschaft“ versus „Autoritär gesteuerte Wirtschaft“, deren starke inhaltliche Überschneidungen - von der Benennung der jeweils angesprochenen Sektoren einmal abgesehen - bereits in ihrer Namengebung erkennbar werden (Bukow & Jun 2017).

Sicherlich handelt es sich bei diesem Beispiel um einen verhältnismäßig leicht entschlüsselbaren Fall von Schein-Pluralismus. Es lässt sich jedoch, wie wir meinen, die Behauptung aufstellen, dass es sich hier nur um eine besonders eindeutige Ausprägung einer Schwäche handelt, die auch anderen pluralistischen Darstellungen aktueller konflikt- und Spannungslinien des sozio-politischen Raumes anhaftet und die insbesondere dann deutlich wird, wenn ihnen eine „orthogonale“ Struktur zugrunde gelegt wird.

Zusammenfassend gesagt gehen wir

in der nachfolgenden Darstellung der Ergebnisse empirischer Analysen zur „Spaltungs“-Frage, der wir auf der Spur sind, davon aus, mit dem „Links-Rechts-Kontinuum“ des Politbarometers ein hochgradig aussagefähiges, nicht durch einschränkende Vorentscheidungen zugunsten eines rigoros ein- oder mehrdimensionalen Ansatzes geschwächtes Instrument benutzen zu können.

Ergebnisse empirischer Analysen zur „Spaltungs“-Frage

„Links“, „Rechts“ und „Mitte“ in den Selbsteinschätzungen der Deutschen

Wir wollen die methodischen Vorklärungen an dieser Stelle beenden und uns unmittelbar den empirischen Daten zuwenden. Die nachfolgende Grafik 2 lässt zunächst erkennen, wie sich die mit dem „Politbarometer“ in kurzen Abständen, d.h. zumindest einmal pro Monat befragte Bevölkerung West- und Ostdeutschlands in der Zeit zwischen 1997 und 2017 im „Links-Rechts-Kontinuum“ einstuft.

Der Vereinfachung halber sind die 11 Skalenpunkte des Links-Rechts-Kontinuums in drei Gruppen zusammengefasst. Die Skalenpunkte 1-4 werden hierbei als „links“, die Skalenpunkte 8-11 als „rechts“ und die dazwischen liegenden Skalenpunkte 5-7 als eine etwas

breiter gefasste „Mitte“ bezeichnet, so dass das Schaubild die Entwicklung der politischen Einstellung der deutschen Bevölkerung innerhalb des erfassten 20-jährigen Zeitraums in drei „Zeitreihen“ abbilden kann. Aus der Lagerung der Zeitreihen lässt sich ablesen, welche Prozentanteile der Befragten jeweils den einzelnen Einstellungsgruppen zuzuordnen waren und wie sich das gegenseitige Verhältnis der drei Häufigkeitsniveaus über den abgebildeten Zeitraum entwickelte.

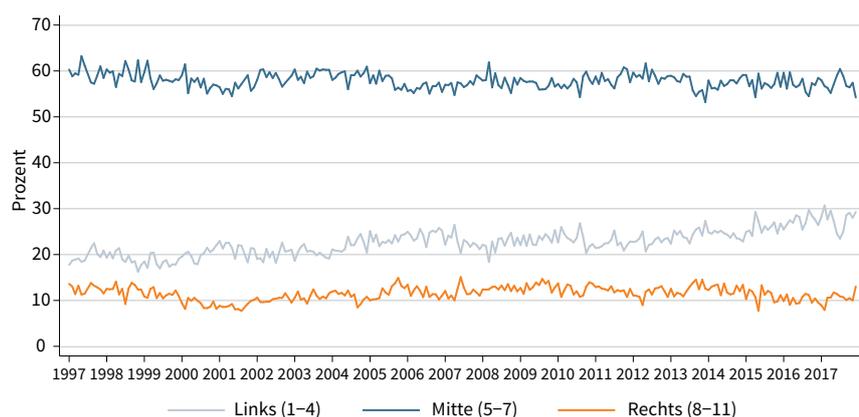
Das ebenso eindeutige wie aussagekräftige Bild, das sich hierbei ergibt, lässt sich wie folgt charakterisieren: Erstens stufen sich innerhalb des gesamten erfassten Zeitraums mit nur geringfügigen Schwankungen ca. 60% der Befragten, d.h. also die überwiegende Mehrheit von ihnen, im *mittleren* Bereich des politischen Spektrums ein. Für die Beantwortung der „Spaltungs“-Frage ist entscheidend, dass sich diesbezüglich über den erfassten Zeitraum hinweg – abgesehen von kurzfristigen Schwankungen, die aber sehr begrenzt waren und richtungslos streuten – keine Änderung feststellen lässt. Es gab somit in der deutschen Bevölkerung zwischen 1997 und 2017 eine sehr deutliche – und vor allem auch *konstante* – Mehrheit der „Mitte“.

Bereits dieses eine Ergebnis widerspricht der „Spaltungs“-Behauptung, die auf die *Annahme eines zunehmenden Abschmelzens der „Mitte“* nicht verzichten kann, auf denkbar eindeutige Weise.

Wie die nachfolgende Grafik 3 zeigt, trifft die Konstanzfeststellung nicht ganz im gleichen Maße für die Häufigkeitsverteilung zwischen den drei Skalenpunkten zu, die in Grafik 2 zur „Mitte“ zusammengefasst sind:

Es lässt sich vielmehr erkennen, dass der etwa bis zum Jahr 2005 um die 40-Prozentlinie oszillierende Anteil derjenigen Befragungsteilnehmer, die sich exakt bei „6“ verorteten, von diesem Jahr an leicht abzunehmen begann und einen unruhigeren Verlauf annahm. Allerdings lässt sich davon ausgehen, dass der hier feststellbare Abfluss der „Mitte“ nicht verloren ging, da sich ein etwa gleich großer Zugewinn bei denjenigen Befragten einstellte, die sich

Grafik 2 Selbsteinschätzung der Befragten im Links-Rechts-Kontinuum (Gesamtdeutschland)



Datenbasis: Politbarometer (ZA5100 und ZA6988) eigene Berechnungen

auf dem *nach links* tendierenden Flügel der „Mitte“ verorteten. Der rechte Flügel der „Mitte“ blieb demgegenüber unverändert.

Kehren wir zum Schaubild 2 zurück, dann lässt sich dieser Befund durch die Feststellung ergänzen, dass sich der größere Teil des außerhalb der Mitte verbleibenden Restes der Befragten im gemäßigt *linken* Bereich des Einstellungsspektrums verortete, wobei eine nicht allzu starke, nichtsdestoweniger aber deutlich erkennbare *Zunahmetendenz*, d.h. also eine *Linksdrift*, ins Auge fällt. Auf dem *rechten* Flügel des Einstellungsspektrums verortete sich dem gegenüber nur ein verhältnismäßig kleiner Teil des außerhalb der Mitte verbleibenden Rests der Befragten, wobei insbesondere seit den Jahren 2013/14 eine eher *abnehmende Tendenz* erkennbar ist.

Alle diese einander ergänzenden Teilergebnisse sprechen ebenfalls sehr eindeutig gegen die „Spaltungs“-Behauptung, die sich gewöhnlich mit der Annahme eines nach rechts tendierenden Änderungstrends der politischen Einstellungen der Bevölkerung verbindet, der häufig mit einer durch Neigungen zum Radikalismus gekennzeichneten „populistischen“ Tendenz gleichgesetzt wird (von einem „Linkspopulismus“ ist nur relativ selten und gewissermaßen „nebenbei“ und jenseits der „Spaltungs“-Behauptung die Rede).

Überraschender Weise stellt sich, wie die nebenstehende Grafik 4 ausweist, auch dann keine Veränderung der durch Grafik 2 dokumentierten Sachverhalte ein, wenn man die Untersuchung auf *Ostdeutschland*, d.h. auf einen Landesteil konzentriert, der für viele Westdeutsche heute in negatives Licht getaucht ist, da sie ihn in den Medien häufig als ein von „rechtsradikalem Mob“ beherrschtes Terrain vorgestellt bekommen.

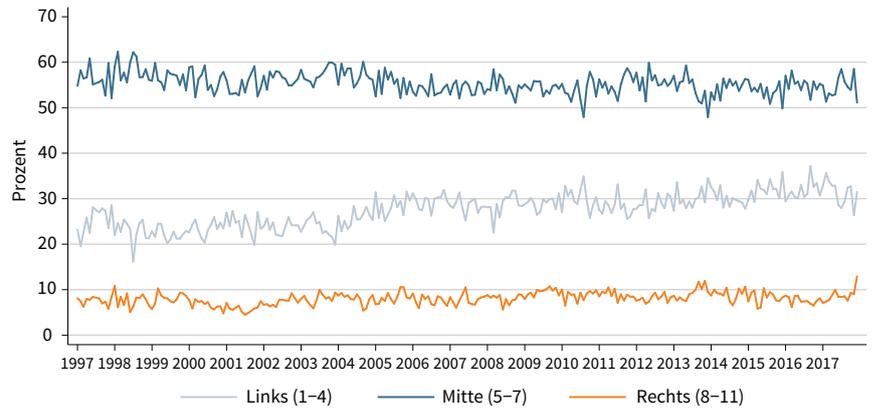
Die Unterschiede zwischen den gesamtdeutschen und den ostdeutschen Ergebnissen sind im Ganzen gesehen sehr viel geringer als bei der Zugrundelegung der „Spaltungs“-Annahme zu erwarten gewesen wäre, die u.a. davon ausgeht, dass der Rechtsradikalismus in Ostdeutschland stärker ausgeprägt ist als in Westdeutschland.

Grafik 3 Selbsteinschätzung der Mitte (Skalenpunkte 5-7) im Links-Rechts-Kontinuum



Datenbasis: Politbarometer (ZA5100 und ZA6988) eigene Berechnungen

Grafik 4 Selbsteinschätzung der Befragten im Links-Rechts-Kontinuum (Ostdeutschland)



Datenbasis: Politbarometer (ZA5100 und ZA6988) eigene Berechnungen

Es zeigen sich vor allem aber auch hier dieselben erwartungskonträr verlaufenden Tendenzen: Auch hier dominiert – mit einer zwar etwas schwächeren, jedoch konstant zwischen 50% und 60% verharrenden Ausprägung – die Selbstverortung bei der politischen Mitte. Auch hier ist die „rechte“ Selbstverortung schwächer ausgeprägt als die „linke“, wobei – wiederum entgegen der von den Medien suggerierten Vermutung – das Niveau der „rechten“ Seite sogar durchgehend niedriger ausgeprägt ist als auf der gesamtdeutschen Ebene, während die „linke“ Seite durchgehend stärker entwickelt ist und mit einer seit ca. 2004 bemerkbaren Zunahmetendenz – auch hier gibt es also die bereits genannte *Linksdrift* – die 30%-Grenze erreicht und überschreitet.

Die Position der politischen Parteien im Wahrnehmungsbild der Bevölkerung

Es ließe sich ohne weiteres rechtfertigen, die Auseinandersetzung mit der „Spaltungs“-Behauptung an dieser Stelle abubrechen, denn die vorstehende Erörterung der Daten reicht hierfür im Grunde genommen bereits aus. Wir wollen dennoch einen weiteren Schritt unternehmen, den die Daten ermöglichen, um die Chance eines weiteren Eindringens in die wirklichen Verhältnisse nicht ungenutzt zu lassen.

Konkret gesagt wollen wir den vorstehend auf die Befragungsteilnehmer angewandten Untersuchungsansatz nunmehr auf die *politischen Parteien* anwenden, wobei wir allerdings die Befragungsteilnehmer als Auskunftsgel-

berbenutzen wollen. Mit anderen Worten wollen wir – vgl. dazu die nachfolgende Grafik 5 – das „Links-Rechts-Kontinuum“ benutzen, um an die politischen Parteien – unter Benutzung der Wahrnehmungen der Befragungsteilnehmer – die Frage zu richten, wie sich in den zurückliegenden Jahren ihre Position im politischen Spektrum entwickelte und ob sich bei ihnen eventuell diejenigen dramatischen Veränderungen feststellen lassen, die durch die „Spaltungs“-Behauptung suggeriert werden.

Die Befragten konnten bei der Beantwortung dieser Frage dieselbe 11-teilige Skala verwenden, wie bei der Beantwortung der Frage nach ihrer eigenen politischen Position. Zum Zweck der Vereinfachung der Ergebnisdarstellung wurden im vorstehenden Schaubild zunächst die Antworten der Befragten zu Mittelwerten für alle Befragten zusammengezogen. Außerdem wurden aber auch aus den Ergebnissen der einzelnen Umfragen Durchschnitte auf Jahresbasis gebildet, so dass sich insgesamt gesehen aus dem Schaubild die nur grob gegliederte und geglättete Gesamtlinie der Entwicklung ablesen lässt.

Nimmt man auch hier die Möglichkeit wahr, bei den Verläufen, die sich innerhalb der Skalenpunkte 5-7 bewegen, von einer „mittleren“ Positionierung zu sprechen, und Positionierungen bei den Punkten 8-11 als „rechts“, bzw. bei den Punkten 1-4 als „links“ zu bezeichnen, dann wird der Überraschungsgehalt des Schaubilds sehr schnell erkennbar:

Würde die in der „Spaltungs“-These behauptete Entwicklung stattgefunden haben, dann müsste sich im Schaubild – zumindest über einzelne Teile der erfassten Zeitspanne hinweg – eine Rechts-Links-Differenzierung der Parteienlandschaft mit deutlichem Abstand von einer relativ „leeren“ Mitte feststellen lassen. In Wahrheit stellt sich der Befund – von seinen Aussageschwerpunkten her erfasst – aber gerade umgekehrt dar: Zwei Parteien – die SPD und die FDP – bewegen sich über den gesamten erfassten Zeitraum hinweg konstant innerhalb des Skalenbereichs 5-7, d.h. also unmittelbar im mittleren Bereich, während dies bei zwei weiteren Parteien, nämlich einerseits bei der CDU/CSU und andererseits bei den Grünen, mit durchgängig geringfügigen Abständen zu den einander gegenüber liegenden Grenzlinien dieses Bereichs annäherungsweise der Fall ist. Die einzige durchgängig verfolgbare Abweichung von dieser Parteienballung in einem erweitert verstandenen mittleren Bereich, die als „eindeutig“ zu bezeichnen ist, findet sich bei der Linken, der sich zu einem relativ späten Zeitpunkt – im Schaubild seit dem Jahr 2016 – auf der rechten Seite der Skala die AfD hinzugesellt. Ungeachtet der Wahlerfolge der AfD und des Medien-Tsunamis, den vor allem ihr Einzug in den Bundestag auslöste, kann von einer Relativierung der Parteienballung in der Mitte und in ihrem unmittelbaren Umfeld angesichts der Minderheitsposition der beiden Flügelparteien faktisch gesehen

keine Rede sein.

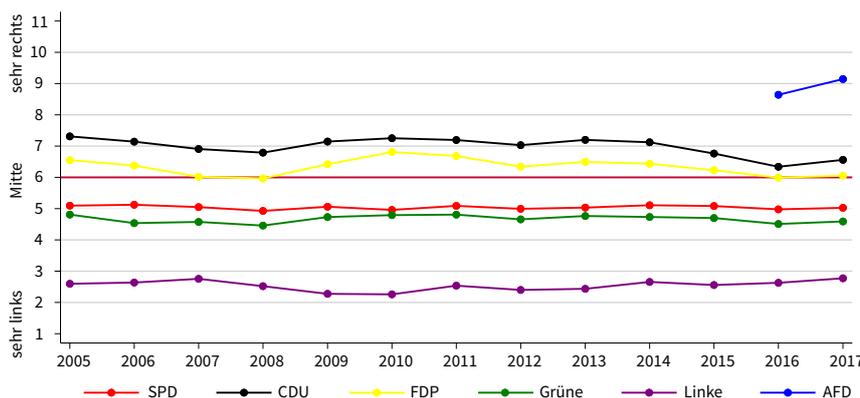
In vorläufiger Zusammenfassung lautet das Gesamtfazit: Es gibt in Deutschland – sowohl von der Selbstverortung der Wählerschaft, wie auch von deren Einschätzung der Positionierung der Parteien her gesehen – eine breit gelagerte und facettenreich ausdifferenzierte, und somit zwar mit Sicherheit vielfältige Reibungspunkte, wie aber gewiss auch zahlreiche produktive Berührungs- und Überschneidungszonen beinhaltende politische Mitte, die den weitaus überwiegenden Teil der Bevölkerung, wie auch der an der politischen Gestaltung aktiv beteiligten Kräfte umfasst, jenseits dessen nur mehr oder weniger begrenzte Minderheitspositionen verbleiben, die das eindeutig durch die Vorherrschaft der Mitte gekennzeichnete Gesamtbild bei realistischer Betrachtung zwar einzutrüben, aber nicht ernsthaft zu beschädigen bzw. infrage zu stellen vermögen.¹

Die Einschätzung der Parteien durch ihre Wähler und durch die Gesamtbevölkerung

Nutzen wir die Chance einer weiteren Fortsetzung der Auswertung der Daten der Politbarometers auf dem Wege von Zeitreihenanalysen, dann erlaubt uns die nachfolgende Grafik 6 einen zusätzlichen Analyseschritt, der uns u.a. auch im Hinblick auf die Klärung der „Spaltungs“-Frage an einer strategisch wichtigen Stelle vorankommen lässt:

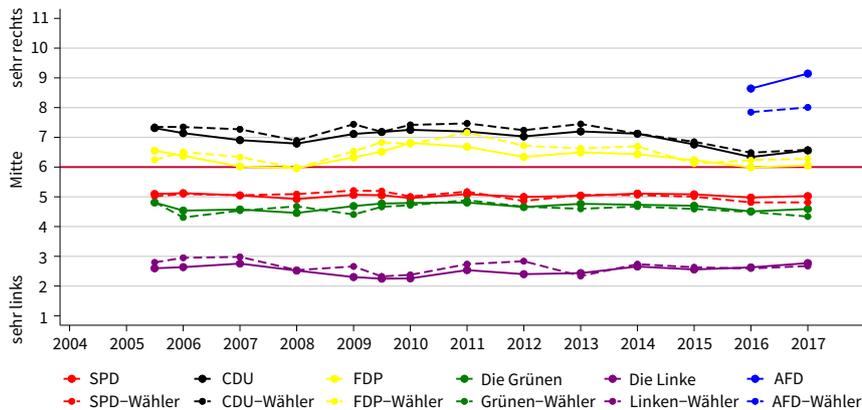
Das Schaubild erlaubt – wiederum für die Zeit seit 2005 – einen Vergleich der Einschätzung der Position der Parteien durch die Gesamtheit der Wähler (durchgezogene Linien), wie auch durch ihre jeweilige Wählerschaft (gestrichelte Linien). Es zeigt sich für die Mehrheit der Parteien eine weitgehende Übereinstimmung zwischen den beiden Einschätzungen. Diese fällt für die SPD und die Grünen sehr eindeutig aus, während sich im Hinblick auf die CDU über mehrere Jahre hinweg eine in konservativer Richtung tendierende Abweichung der von den eigenen Wählern wahrgenommenen Parteiposition von der Einschätzung der Gesamtheit der Wähler und für die Linke – ebenfalls über mehrere Jahre hinweg – die Wahrnehmung einer

Grafik 5 Einschätzung der Parteien im Links-Rechts-Kontinuum



Datenbasis: Politbarometer (ZA5100 und ZA6988) eigene Berechnungen

Grafik 6 Parteien im Links-Rechts-Kontinuum nach Einschätzung ihrer Wähler und aller Befragten



Datenbasis: Politbarometer (ZA5100 und ZA6988) eigene Berechnungen

Linksorientierung feststellen lässt, die bei der Gesamtheit der Wähler stärker ausgeprägt war als bei ihren eigenen Wählern.

Dass aus diesem Befund nicht ohne weiteres Folgerungen hinsichtlich eines unausgeschöpften bzw. überzogenen politischen Bewegungsspielraums beider Parteien abgeleitet werden können, erweist sich darin, dass diese Differenzen in beiden Fällen in den letzten Jahren in Wegfall kamen.

Für die CDU bedeutet dies, dass die parteiintern oft kontrovers diskutierte *Linksdrift* (bzw. „Linksverschiebung“) der Partei, die sie aber faktisch – nach Auffassung der Gesamtbevölkerung – nur weiter zur Mitte hinzuführte, auch von ihren Wählern in eben diesem Sinne wahrgenommen wurde.

Bei der AfD zeigt sich eine besonders auffallende Differenz zwischen ihrer Einschätzung durch die Allgemeinheit und ihrer Einschätzung durch die eigene Wählerschaft. Während diese Partei der allgemeinen Beurteilung zufolge *extrem rechts* zu verorten ist, wurde sie durch die eigene Wählerschaft auf überraschend deutliche Weise *gemäßigt rechts* eingeschätzt. Es lassen sich von hier aus sehr weitreichende Folgerungen auf eine mit der allgemeinen Einschätzung der AfD (wie auch mit deren eigener Ideologie) nicht übereinstimmende Motivationslage ihrer Wähler ableiten, mit denen wir uns im nachfolgenden Kapitel näher zu beschäftigen haben werden.

Die Selbsteinschätzung der Wähler und die Einschätzung „ihrer“ Partei

Zunächst wollen wir jedoch – mit Hilfe der nachfolgenden Grafik 7 – noch einen weiteren Schritt bei der Auseinandersetzung mit der „Spaltungs“-Frage vollziehen:

In dem Schaubild findet sich nunmehr – wiederum unter Verwendung der Links-Rechts-Skala – eine direkte Gegenüberstellung der Selbsteinschätzung der Wähler der verschiedenen Parteien und der Einschätzung „ihrer“ Parteien. Auch bei dieser Gegenüberstellung fallen zunächst einige sehr weitgehende Übereinstimmungen ins Auge. Es handelt sich in diesem Fall um die SPD, die Grünen und – mit gewissen Einschränkungen

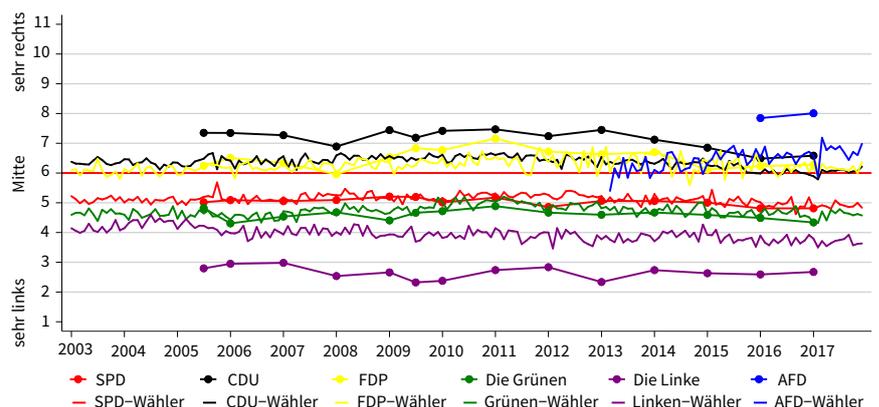
– die FDP und deren Wähler. Auch die nun schon einige Male erwähnte *Linksdrift* vollzogen diese Parteien und ihre Wähler, wie sich zeigt, einvernehmlich.

Deutliche Abweichungen zeigen sich dagegen zunächst – über die gesamte Länge des erfassten Zeitraums hinweg – bei der CDU, deren Wähler ihre Partei – in bemerkenswertem Gegensatz zu der parteiinternen Diskussionslage z.B. bei dem Bundesparteitag in Hamburg im Dezember 2018 – deutlich konservativer erlebten als sich selbst. Eine Einschränkung dieser Differenz deutete sich erst in den letzten Jahren in Verbindung mit der Linksdrift an, die von der Partei forciert vollzogen wurde, so dass sie ihre Wähler bis zu einem gewissen Grade „einholen“ konnte.

Der zweite deutliche Abweichungsfall findet sich – wiederum über den gesamten erfassten Zeitraum hinweg – bei der Linken, deren Linksorientierung wesentlich entschiedener war als die ihrer Wähler, die den Grünen und in gewissem Maße auch der SPD von ihrer politischen Grundeinstellung her gesehen näher standen als ihrer eigenen Partei. Es drängt sich von daher der Eindruck auf, dass die Linke vielfach nur deshalb gewählt wurde, weil von ihr eine entschiedenere Vertretung der Interessen von Bevölkerungsteilen erwartet werden konnte, die sich sozial benachteiligt fühlten.

Von besonderem Interesse ist natürlich das Verhältnis der *Wähler der AfD* zu ihrer Partei. Wie wir schon festgestellt hatten, schätzten die AfD-Wähler die

Grafik 7 Selbsteinschätzung der Befragten und Einschätzung der Parteien durch ihre Wähler



Datenbasis: Politbarometer (ZA5100 und ZA6988) eigene Berechnungen

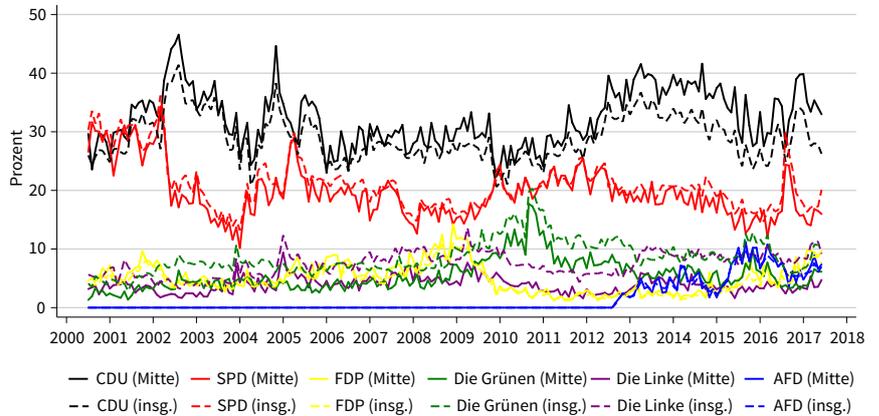
von ihnen gewählte Partei deutlich gemäßiger ein als die Allgemeinheit, die von Anfang an dazu neigte, in ihr eine „radikale“ Partei zu sehen. Es zeigt sich aber nunmehr, dass dessen ungeachtet die AfD-Wähler - durchschnittlich gesehen - ihrerseits eine sehr deutliche Differenz zwischen „ihrer“ Partei und sich selbst sahen, die sie nachdrücklich als „rechts“ (wengleich nicht als rechtsradikal) einstufen, während sie sich selbst viel eher – mit einem in letzter Zeit deutlicher werdenden „Rechtsdrall“, der sie aber nur in die rechte Randzone der zwischen den Skalenpunkten 5 und 7 gelagerten Bereichs führte – *der breiten Mitte* zurechneten. Das Schaubild erweckt den Eindruck, dass sie damit – bis zu einem gewissen Grade - aus der CDU-Wählerschaft herauswuchsen, mit der sie sich anfangs mehr oder weniger unterschiedslos überlagert hatten.

Die Wahlabsichten der politischen Mitte

Wie aus den letzten Schaubildern ersichtlich ist, ordnen sich *die Wähler aller Parteien* durchschnittlich *im mittleren politischen Spektrum* zwischen den Skalenpunkten 4 und 7 ein. *Die Parteienlandschaft ist dagegen breiter über die Links-Rechts-Achse verteilt.* Die Selbsteinschätzung der Wähler mittiger Parteien liegt im Durchschnitt näher an der Position der jeweils gewählten Partei als die Selbsteinschätzung der Wähler der Linken oder der AfD. Offensichtlich speisen sich die Wähler der politischen Randparteien AfD und Die Linke aus einer gemäßigten, mittleren Wählerschicht. Die durchschnittliche Selbsteinschätzung der AfD-Wähler liegt näher an der CDU- oder FDP-Position als an der der AfD. Ebenso verhält es sich auf der anderen politischen Seite. Die Linke-Wähler scheinen, im Durchschnitt politisch näher bei den Grünen zu liegen.

In Anbetracht der Ergebnisse für die AfD wollen wir die These vertreten, dass der *Protest, vor allem gegen die Flüchtlingspolitik der regierenden Parteien*, eine der Hauptmotivationen für die Wahl dieser Partei ist oder war. Wir untermauern diese These zunächst mit der vorstehenden Grafik 8, welche

Grafik 8 Wahlabsicht aller Befragten und der Wähler in der Mitte (Skalenpunkt 6)



Datenbasis: Politbarometer (ZA5100 und ZA6988) eigene Berechnungen

die Antworten auf die Sonntagsfrage ausschließlich derjenigen Befragungsteilnehmer zeigt, die sich selbst genau in der politischen Mitte (Skalenpunkt 6) einordnen. Anschließend gehen wir näher auf die Ursachen der Wahlerfolge der AfD ein.

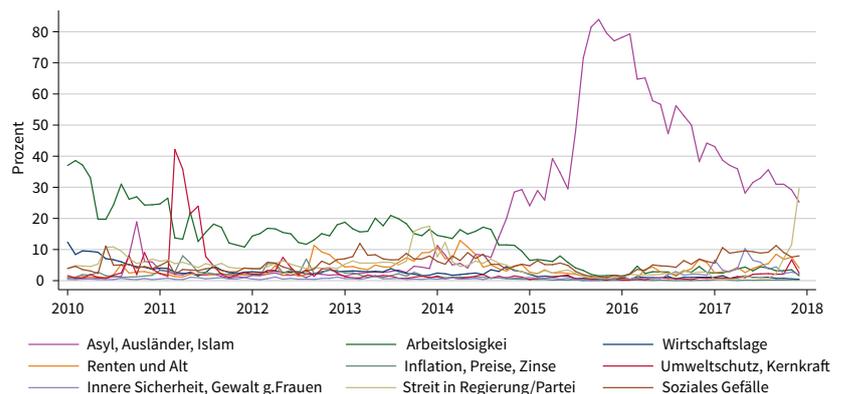
Es zeigt sich, dass der Anteil der Wähler der CDU, FDP und SPD hier nahezu der gleiche ist wie bei der Gesamtheit aller Befragten. Interessanterweise ist auch der Anteil der AfD-Wähler an den sich selbst mittig einschätzenden Befragten annähernd gleich hoch wie ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung. Wähler, die sich selbst in der politischen Mitte sehen, wählen also mit der gleichen Wahrscheinlichkeit die AfD wie die Gesamtbevölkerung.

Im Gegensatz zu den Wählern der Linken sind AfD-Wähler in der politischen Mitte der Gesellschaft genauso häufig anzutreffen wie in der Gesamtbevölke-

rung. Dies scheint unsere Vermutung zu bestätigen, dass die Wahl der AfD durch Protest und nicht durch politische Grundeinstellungen motiviert ist. Die Wähler der AfD wählen nicht jene Partei, die ihnen auf der politischen Achse am nächsten liegt, sondern eben die AfD. Wenn nicht politische Inhalte (vgl. dazu auch vorherige Erläuterungen zur Links-Rechts-Skala) die Wähler der AfD motivieren, liegt es nahe, dass diese Wahl, die nicht unbedingt den inhaltlichen Interessen der Wähler entspricht, ein Ausdruck des Protests sein kann.

Im Folgenden wollen wir überprüfen, ob die Debatte über die Migration seit dem Jahr 2015 die Ursache für diese Protestwahl sein könnte. Zudem ist zu überprüfen, ob die Wähler der AfD eine andere Wahrnehmung in Bezug auf diese Thematik haben als der Rest der Bevölkerung.

Grafik 9 Problemwahrnehmungen in Deutschland



Datenbasis: Politbarometer (ZA5100 und ZA6988) eigene Berechnungen

Die „wichtigsten Probleme“ in Deutschland

Das Politbarometer liefert uns eine Variable, die anzeigt, welche Probleme als die drängendsten empfunden werden. Eines der dominantesten Themen der letzten Jahre war die *Migration inklusive der Flüchtlings- und Asylthematik*.

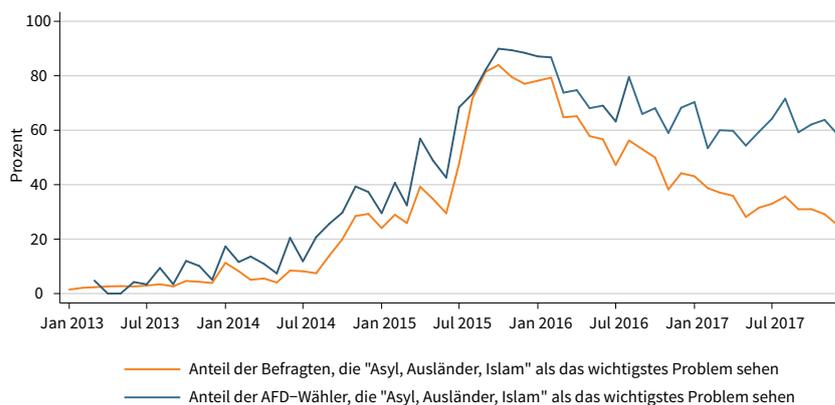
Eine unterschiedliche Problemwahrnehmung in der Bevölkerung lässt sich in vielen zurückliegenden Perioden feststellen. Unterschiedliche Menschen in diversen Lebenssituationen neigen unbestreitbar auch zu einer unterschiedlichen Wahrnehmung und Priorisierung von Problemen. Die offene Frage im Politbarometer 2016 lautete „Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste Problem in Deutschland?“ Die Antworten wurden unter Schlagwörtern wie beispielsweise „Umweltschutz/ Klimawandel/ Klimagipfel“ oder „Terrorismus/ Anschläge“ zusammengefasst.

Mitte der 1990er Jahre bis Mitte des letzten Jahrzehnts empfanden zu Spitzenzeiten über 80 Prozent der Bevölkerung die Arbeitslosigkeit als das wichtigste Problem in Deutschland. Nach Belebung des Arbeitsmarktes verschwand folgerichtig auch die Sorge vor der Arbeitslosigkeit. Ein einschneidendes Ereignis war die Flut- und Reaktor-katastrophe in Fukushima im Frühjahr 2011, das zwischenzeitlich über 40 Prozent der Menschen so beschäftigte, dass sie den Themenkomplex Umwelt und Atomkraft als das wichtigste Problem Deutschlands ansahen. Nach wenigen Monaten flaute diese Besorgniswelle wieder ab und liegt 2017 kaum mehr wahrnehmbar bei unter 2 Prozent.

Prinzipiell ähnlich, wenn auch in anderen Ausmaßen, lässt sich auch der Verlauf des Problemkomplexes „Asyl, Ausländer, Islam“ beschreiben, der beim Thema „gesellschaftliche Spaltung“ und bei der Ursachensuche der Wahlerfolge der AfD üblicherweise am häufigsten diskutiert wird. (vgl. die nachfolgende Grafik 10)

Im Datensatz der Gesamtkumulation der Jahre 1977 bis 2016 bündeln wir die Antworten „Asylanten, Asyl“, „Ausländer“ und „Islam, Islamismus, Glaubensfragen“ zu einem Themenfeld. Im Datensatz für

Grafik 10 Das wichtigste Problem „Asyl, Ausländer, Islam“



Datenbasis: Politbarometer (ZA5100 und ZA6988) eigene Berechnungen

das Politbarometer 2017 sind die Schlagwörter „Ausländer/ Zuwanderung/ Integration/ Asyl/ Flüchtlinge“ zusammengefasst. Im Folgenden werden wir hierauf verkürzt als Thema „Ausländer“ oder „Asyl“ verweisen, wobei immer die gleiche Thematik gemeint ist, die in der alltäglichen Wahrnehmung der Bevölkerung trotz unterschiedlicher Bedeutung der Begriffe „Asyl“, „Zuwanderung“ oder „Flüchtlinge“ zumeist eine Einheit darstellt. Weiterhin ist darauf hinzuweisen, dass die konkreten Sorgen der Befragten und deren Motivation im Dunkeln bleiben. Es ist beispielsweise nicht zu unterscheiden, ob ein Befragter aus Rassismus oder aus einem rationalen Beweggrund so antwortet.

Der Zuzug hunderttausender Migranten und Flüchtlinge, der ab Sommer 2015 zunahm und ins Blickfeld der Öffentlichkeit geriet, ließ im Winter 2015/2016 rund 80 Prozent der Bevölkerung diese Problematik als die wichtigste empfinden. Bereits 2016 nahm dieser Anteil deutlich und rapide wieder ab, sodass 2017 im Durchschnitt nur noch ungefähr 35 Prozent der Bevölkerung Probleme rund um das Thema Migration als das bedeutendste bezeichnen.

Vergleichen wir nun die Problemwahrnehmungen von Wählern unterschiedlicher Parteien, so erkennt man Differenzen vor allem in Hinblick auf AfD-Wähler. Seit Ende 2014 gewinnt das Thema Asyl und Ausländer an Beachtung und Wichtigkeit und steigt kontinuierlich an, bis es dann ab Sommer 2015 sprunghaft ansteigt. Dieser Verlauf ist bei allen Befragten unabhängig von

ihrer Parteiwahl zu finden, auch wenn Befragte, die die AfD wählen würden, das Problem deutlich häufiger als das wichtigste nennen.

Seit Anfang des Jahres 2016 lässt sich auch innerhalb der AfD-Wählerschaft ein Rückgang verzeichnen, der jedoch bei weitem nicht so stark ausgeprägt ist wie in der Gesamtbevölkerung (einschließlich der AfD-Wähler). Sinkt 2016 die durchschnittliche Wahrnehmung der Wichtigkeit des Problems in der Gesamtbevölkerung mit ca. 2,8 Prozentpunkte pro Monat, so fällt sie unter den AfD-Wählern nur mit ca. 1,6 Prozentpunkte. Bemerkenswert ist, dass die Wichtigkeit der Ausländerthematik aus Sicht von AfD-Wählern mit Beginn des Jahres 2017 auf einem Niveau von ungefähr 50 bis 60 Prozent stagniert und ab Mitte des Jahres sogar leicht wieder ansteigt. Währenddessen sinkt die Rate der Gesamtbefragten, die das Ausländerthema für das wichtigste halten, kontinuierlich ab. Ende 2017 ist die Wahrscheinlichkeit, dass ein Befragter, der die AfD wählt, auf die Frage nach dem wichtigsten Problem Deutschlands mit einer Antwort, die dem Themenkomplex „Ausländer“ zuzurechnen ist reagiert, fast dreimal so hoch, wie wenn man einen zufällig ausgewählten Menschen befragt.

Überspitzt könnte man formulieren, Menschen, die die AfD wählen, sehen Probleme, die die Mehrheit der Bevölkerung nicht sieht. Während Ende 2017 ungefähr drei Viertel aller Befragten andere Probleme als wichtiger ansehen, liegt die Aufmerksamkeit der AfD-Wähler immer noch auf dem Thema „Ausländer“.

Der AfD gelingt es die Aufmerksamkeit derjenigen, die sie wählen, auf dieses eine Thema zu fixieren. Eine Strategie hierbei ist es sicherlich auch, die Angst vor Kriminalität zu schüren. Instrumentalisierungen von Gewaltverbrechen, bei denen eine immigrierte Person verdächtigt wird, sind schon 2016 zu beobachten und dauern bis heute an. In diesem Zusammenhang könnten ebenfalls sogenannte „alternative Fakten“ eine Rolle spielen.

Ausblicke in die Zukunft „Links“ anstelle von „Rechts“ als Zukunftstrend?

Resümieren wir nunmehr den vorstehenden Text im Ganzen, dann schält sich als ein herausragender eye catcher letztlich *die in nahezu allen Parteien, wie auch bei der Mehrheit der Wähler dominierende Linksdrift* heraus. Diese steht in einem sehr deutlichen Gegensatz zu derjenigen Schwerpunktbildung der aktuellen öffentlichen Diskussion, in welcher eine drohende - oder schon Ingang befindliche - Katastrophe des Absturzes der Parteienlandschaft nach rechts, bzw. ihrer mehr oder weniger weitgehenden Aufsaugung durch die AfD, d.h. eine rechtslastige Partei, im Zentrum steht. Abweichend hiervon lässt sich feststellen, dass es sich bei dem gegenwärtigen Aufkommen der AfD – nach dem Abflauen der Flüchtlingskrise und einer damit verbundenen Wiederabwanderung der eigentlich der „Mitte“ zuzurechnenden Wähler – in einem zunehmenden Maße eher um die Sammlung „rechts“ eingestellter Gesellschaftsfragmente in einer politischen Fluchtburg handelt, deren weiteres Wachstum aber – auf der Grundlage der im Jahr 2016 bestehenden Datenlage beurteilt – schon von dem verfügbaren Wählerpotential her infrage gestellt erscheint: Auf die Frage, welche Partei man persönlich grundsätzlich als wählbar ansieht (die Frage lautete: „In wie weit können Sie sich vorstellen, folgende Partei zu wählen“) antworteten die nachfolgend genannten Anteile der Befragten im selben Jahr wie folgt: Die

CDU/CSU: 27,8%, die SPD: 34,3%, die FDP 23,9%, die Grünen 33,8% und die Linke 23,9%. Dem gegenüber wollten aber ausschließlich 6,1 % der Befragten die AfD nennen. Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man für dasselbe Jahr überprüft, aus welchen Wählersegmenten der CDU/CSU, d.h. ihres hauptsächlichen Herkunftsgebiets, die AfD-Wähler gekommen waren. Wie die Politbarometer-Erhebungen des Jahres 2016 zeigen, waren die betreffenden Reservoirs, d.h. die Skalenbereiche 9, 10 und 11, der CDU-Wählerschaft, bereits im Jahr 2016 nahezu leergefegt, so dass von dort her kaum noch Nachschub zu erwarten war. Dem Schreckensszenario eines drohenden Absturzes des demokratischen Parteienspektrums zuwiderlaufend stand der AfD also jedenfalls zu dieser Zeit das betreffende Wählerpotential kaum mehr zur Verfügung.

Für das aus aktuellen Daten der allerletzten Zeit ablesbare Wiederabschmelzen der Wählerbasis der AfD bietet sich, bei genauerem Hinsehen, noch eine weitere Ursache an: Einerseits scheinen, wie eben schon angedeutet, diejenigen Teile der Wähler, die sich der Mitte zurechnen, nach dem Abflauen des Flüchtlingsschocks und nach dem Führungswechsel bei der CDU wieder zu der ihnen eigentlich näher liegenden Partei zurückzustreben. Andererseits führen aber auch die sehr deutlichen Mäßigungsbemühungen der AfD-Führung mit einer gewissen Zwangsläufigkeit dazu, dass rechtsradikal eingestellte Wähler von den sich zunehmend abzeichnenden Bruchlinien innerhalb der Partei erfasst werden und sich von ihr abwenden. Der „Spaltungs“-Behauptung scheinen somit auch von daher gesehen „die Felle wegzuschwimmen“. Sie scheint sich – bis hierher betrachtet – eher zu einer internen Problematik der „rechten“ Seite des Spektrums einzuengen.

Allerdings würde man sich wohl eine Einseitigkeit der Problembehandlung vorwerfen lassen müssen, wenn man sich mit diesem Ergebnis zufriedengeben würde. In der Tat legt es sich nahe, die Blickrichtung an dieser Stelle umzukehren und sich die Frage vorzulegen, ob denn die in den Untersuchungsergebnissen so deutlich in Erscheinung tretende

Linksdrift nicht ihrerseits einen „Verlust der Mitte“ und somit die Gefahr eines Absturzes der Parteienlandschaft in die entgegengesetzte Richtung nach sich ziehen könnte.

Angesichts des beschränkten Ausmaßes, das dieser offenbar erst in einem Anlaufstadium befindlichen Entwicklung innerhalb des zugrunde gelegten Untersuchungszeitraums zukommt müsste man hierbei allerdings den Ausblick auf einen längeren Zeitraum ins Auge fassen. Man müsste dann aber selbstverständlich auch das vorstehende Analyseergebnis bezüglich der Entwicklungssituation der AfD nochmals überprüfen. Es wäre dann etwa auch die Möglichkeit eines erneuten Flüchtlingsansturms mit der Folge neuer Angst- und Wutausbrüche ins Auge zu fassen, die der AfD möglicherweise einen erneuten, gegenwärtig eher unwahrscheinlich anmutenden Wachstumsschub bescheren könnten. Unter Einbeziehung der längerfristigen Zukunftsperspektive betrachtet könnte sich das Ergebnis der vorstehenden Analyse somit – ungeachtet seiner Eindeutigkeit – durchaus relativieren.

Linksdrift als Modernisierungsfolge – und somit als Sachzwang?

Wir betreten mit derartigen Überlegungen die Zukunftsdimension, die im vorstehenden Text angesichts seiner empirischen Fundierung ausgespart werden musste. Zwar schließt die Zeitreihenanalyse, die wir in den Vordergrund gestellt hatten, „Extrapolationen“ keineswegs aus. Diese stehen aber unter dem Vorbehalt unveränderter Rahmenbedingungen, mit denen jedoch unter den gegenwärtigen politischen und ökonomischen Verhältnissen einer unter Globalisierungsdruck stehenden Welt kaum gerechnet werden kann. Im Gegenteil muss – bei realistischem Vorgehen – viel eher mit mehr oder weniger „überraschenden“ Veränderungen der Rahmenbedingungen gerechnet werden, die, mit N.N. Taleb gesprochen, durchaus auch den Charakter von sogenannten „schwarzen Schwänen“ annehmen können (Taleb 2008). Angesichts dessen müssen beim Übergang zur Zukunftsdimension sämtliche *Aussagen bezüglich*

der längerfristigen Entwicklung der AfD mit einem vorsichtigen Fragezeichen versehen werden. In der Tat kann man sich z.B. vorstellen, dass die Attraktivität dieser Partei als „Protestpartei“, die unter dem Eindruck des Abflauens des Flüchtlingszustroms abnahm, angesichts der flüchtlingspolitischen Uneinigkeit und Unentschlossenheit Europas in Zukunft eine Renaissance erleben könnte.

Anders dürfte es sich allerdings bezüglich der *Linksdrift* verhalten, der mit einer hohen Wahrscheinlichkeit der Charakter eines längerfristigen „Trends“ zuerkannt werden muss, dem ungeachtet aller Dynamik der Rahmenbedingungen eine erhebliche Änderungsresistenz zuzuschreiben sein dürfte.

Es spielt hierbei eine Rolle, dass „links“ inzwischen aus der Kennzeichnung des – ggf. auch gewaltsamen – Änderungsbestrebens zugunsten der zeitweilig in Verelendungsgefahr befindlichen, inzwischen einer Auflösung in verschiedene Berufsfelder unterliegenden Bevölkerungsgruppe der Industriearbeiter mit aller Entschiedenheit herausgewachsen ist und eine viel allgemeinere und tiefer fundierte Bedeutung angenommen hat.

Es gibt inzwischen eine größere Zahl von Analysen der programmatischen Äußerungen von Parteien und sonstigen Gruppierungen (vgl. u.a. Pappi, u.a. 2011; Däubler 2017), welche aufzeigen, dass diejenigen von ihnen, die sich als links verstehen, zur Kennzeichnung ihrer Position eine Vielzahl politisch-ideologischer Leitbegriffe wie Gleichberechtigung, Solidarität, soziale Gerechtigkeit, Inklusion, Kampf gegen Armut und Not, Anerkennung von Gleichheits- und Beteiligungsansprüchen für alle, Humanität, Multikulturalismus und Selbstverwirklichung benutzen, die keineswegs in einem herkömmlichen Sinn als „typisch links“ erscheinen, sondern in vielen Fällen den Charakter etablierter Leitbegriffe aufgeklärter und zivilisierter Menschlichkeit an sich tragen. Diese Begriffe lassen sich auch nicht nur ausdrücklich „linken“ Gruppierungen zuordnen, sondern finden sich auch in den Positionskennzeichnungen grundlegender Institutionen der modernen Welt wie der Vereinten Nationen und ihrer Untergliederungen, wie auch in

den Verfassungstexten der Mehrzahl der westlichen und nicht-westlichen Demokratien wieder. Teilweise handelt es sich sogar um Begriffe, die sich in den Zielvorstellungen von Gruppierungen finden, die sich eher als „rechts“, oder zumindest definitiv als nicht-links verstehen, wo sie allerdings häufig in Kombination mit Begriffen wie „Nation“, „Tradition“, „Ehre“, „Gemeinschaft“, „Ordnung“, „Disziplin“ und „Sicherheit“, oder auch „wirtschaftliches Wachstum“ und „Wettbewerb“ in Erscheinung treten, die auf der „linken“ Seite fehlen.

Der Münchener Soziologe A. Nassehi weist in seinem Buch „Gab es 1968?“ (Nassehi 2018) darauf hin, dass die gesellschaftliche Etablierung und politische Umsetzung „linker“ Leitbegriffe solcher Art keineswegs in erster Linie auf Druck von „unten“ geschahen. Er stellt zutreffend fest, dass „der auffällige Schub an Reformgesetzen, der mit den 60er Jahren verbunden ist, längst vor 1968“, dem denkwürdigen Jahr der Studentenrevolte, „in Gang gesetzt worden war. Wohin man auch blickt, auf die ... große Strafrechtsreform und den Übergang der Sozialpolitik zur Gesellschaftsreform“ oder auf anderes, wie z.B. das Bundesausbildungsförderungsgesetz, das einen „einklagbaren Rechtsanspruch auf Förderung der schulischen, beruflichen und akademischen Ausbildung zur Kompensation von Chancenungleichheit“ mit sich brachte – überall sind, Nassehi zufolge, die Weichen schon vor 1968 oder unabhängig davon gestellt worden. Er stellt fest, dass alle diese Veränderungen letztlich auf die strukturverändernden Basistrends der sozio-ökonomischen Modernisierungsentwicklung zurückführbar sind: „Industrialisierung, Urbanisierung, Demokratisierung und Nationenbildung“, wie auch Bildungsschübe, die als funktionelles Erfordernis interpretiert wurden, riefen Prozesse eines fundamentalen Umdenkens hervor, die nicht auf die Akzeptierung linker Parolen aufwühlender Massen, sondern vielmehr auf den Druck der Umstände, d.h. also letztlich auf „Sachzwang“ zurückzuführen und somit offensichtlich „alternativlos“ waren, so dass jeglicher Widerstand gegen sie sinnlos und antiquiert und

letztlich lächerlich und „außer der Zeit“ erscheinen musste. Zwar diente das Wort „Reform“ als ein scheinbar alles überdeckendes und begründendes Leitmotiv. In Wahrheit bewegte sich aber nicht nur der „Zeitgeist“, sondern auch die hinter diesem wirksame Modernisierungsdynamik – ungeachtet aller „kapitalistischen“ und neo-technologischen Begleiterscheinungen – in eine quasi-linke Richtung, so dass sich, mit den Worten von Nassehi, von einem „impliziten Linksruck“ sprechen lässt, der durch explizit linke Ideologie und Agitation zwar begleitet, nicht aber hervorgerufen wurde. Nassehi gesteht zu, dass die „sozialen Bewegungen der westlichen Moderne – Arbeiterbewegung, Bürgerrechtsbewegung, Frauenbewegung, Friedensbewegung, Umweltbewegung, Homosexuellenbewegung usw.“ – gewiss nicht einflusslos waren. Alle diese Bewegungen stießen aber, wie er meint, auf eine gewissermaßen bereitstehende Anpassungs- und Übernahmereitschaft des Staates und sonstiger öffentlicher Institutionen, so dass ihre Protestenergie Türen aufriß oder einschlug, die zumindest bereits halboffen standen.

Nassehi weist daraufhin, dass sich diese Entwicklung genau genommen schon in Bismarcks Sozialpolitik andeutete, die zwar konservativ motiviert war, jedoch zur Erfüllung (damit aber auch zur Pazifizierung) linker Ansprüche führte. Er hätte jedoch ebenso gut und mit erweitertem Radius auch auf den uns zeitlich näherstehenden Menschenrechtskatalog des Grundgesetzes verweisen können, mit welchem – wenn gleich zunächst noch auf abstrakter Ebene – u.a. wesentliche Forderungen der explizit linken Bewegungen und Parteibildungen, die letztlich zu seiner „Positivierung“ beitrugen, vorweggenommen wurden. Das Fazit muss somit lauten: Eine linke – oder zumindest „implizit linke“ – Entwicklung liegt „im Trend der Zeit“, da sie unmittelbar in den Geschehenskomplex der weltweiten „Modernisierung“ mit einzurechnen ist (vgl. auch Inglehart & Welzel 2005).

Sind die Grünen „die“ Volkspartei der Zukunft?

Die Frage, wie sich dies alles auf die Entwicklung des Parteienspektrums auswirken wird, ist damit allerdings noch nicht beantwortet, ja noch nicht einmal aufgeworfen. Natürlich scheint es sich nahezulegen, auf die spektakulären Wählergewinne der Grünen in allerletzter Zeit hinzuweisen, die damit zusammenzuhängen scheinen, dass sie den „Weltgeist in der Westentasche“ tragen. Zwar findet sich die Linksdrift, wie bereits gesagt, auch bei praktisch allen anderen Parteien (die AfD und die Restbestände älterer rechter Parteien ausgenommen). Die Grünen haben aber den Vorteil, dass ihnen die „richtige“ Orientierung in die Wiege gelegt wurde, während z.B. die SPD noch - oder wieder - auf das schmale alt-linke Erbe der Verteilungsgerechtigkeitsfrage fixiert ist und die CDU den abgewanderten traditionell orientierten Konservativen nachtrauert, zu deren Rückgewinnung sich immer wieder wagemutige „Retter“ anbieten, während große Teile der Partei mit der A. Merkel zugerechneten „Sozialdemokratisierung“ hadern.

So betrachtet spricht Vieles dafür, dass sich die Grünen – unter Verdrängung der ohnehin schwächeren CDU und SPD, wie auch unter Distanzierung der AfD – zu „der“ Volkspartei der Zukunft entwickeln werden.

Allerdings muss man sich vor einer Überforderung des Augenscheinlichen hüten. *Zum einen* hat das Profil der politischen Parteien im Wahrnehmungsbild der Wähler in letzter Zeit im Vergleich zum Profil des jeweiligen Spitzenpersonals, das sich gleichzeitig zunehmend von den durch die Mitglieder repräsentierten Parteikörpern emanzipieren konnte, an Gewicht verloren. Wie A. Merkel als Kanzlerin bereits vorexerzierte, wird in Zukunft das Profil (und Image!) einiger weniger führender Personen für die Wahlentscheidung wichtiger werden als der Gesamtzuschnitt der Parteien (vgl. Klages 2018). Was insbesondere die Kanzlerin oder der Kanzler – und mit ihr oder ihm die Bundesregierung – sagt und tut, wird für die Bevölkerung in Zukunft maßgeblicher sein, als die jewei-

ligen Grundsatz- oder Wahlprogramme der Parteien, wie auch die jeweilige Zusammensetzung der Parteifunktionäre und deren Meinungsäußerungen bei den Parteitagen. Die Politik wird dadurch in die Lage versetzt werden, flexibler auf die Wählererwartungen zu reagieren und interne Unstimmigkeiten und „Abgehobenheiten“ besser nach außen hin abzuschirmen, so dass sie in einem zunehmenden Maße zur situationsentsprechenden Beeinflussung der Wähler fähig sein wird. Die struktur- und traditionsbedingten handicaps der CDU und der SPD werden dadurch unter Umständen – aber natürlich nicht mit Gewissheit! – zumindest teilweise kompensiert werden können, wobei die Grünen den Nachteil haben würden.

Zum anderen wird die relative Unsicherheit und Fluidität der durch die Machtkonkurrenz der großen Flächenstaaten bestimmten zukünftigen Weltlage dazu beitragen, dass bestimmte konservative Wert- und Ideologiebereiche eine (Wieder-)Aufwertung erfahren. Dies wird insbesondere für die *Sicherheitsthematik* gelten, der voraussichtlich eine stark erhöhte und möglicherweise andauernde Aktualität zukommen wird. Es wird vor allem der CDU leichter als der SPD und vor allem den Grünen fallen, die Kompetenz für den erfolgreichen Umgang mit dieser Thematik zu beanspruchen, was ihr wahlstrategisch gesehen einen Vorteil eintragen wird. Sie wird sich allerdings davor zu hüten haben, zusammen mit dieser Thematik – so wie etwa die AfD – das gesamte konservative Themen-Ensemble präsentieren zu wollen, das sie noch immer – zusammen mit seinen aufrechten Verfechtern – parat hat. Umgekehrt wird man den Grünen zugestehen müssen, dass sie mit einiger Wahrscheinlichkeit in der Lage sein werden, sich – vermutlich mit ideologisch bedingten Schwierigkeiten – zu demjenigen Realismus durchzukämpfen, der nötig ist, um die Sicherheitsthematik mit dem erforderlichen Gewicht auf die Agenda zu setzen und dort bleibend zu verankern, oder ggf. auch mit einem eher konservativ orientierten Partner eine auf Arbeits- und Funktionsteilung aufbauende Koalition einzugehen.

Letztlich wird es eine sehr wichtige

Rolle spielen, wer in den entscheidenden Augenblicken, in denen schnelle Entscheidungen nötig sind, das Regierungssteuer in der Hand hat. Diejenigen, die über die *Handlungsoption* verfügen, werden unter allen Umständen einen grundsätzlichen Vorteil gegenüber anderen besitzen, die - auf der Oppositionsbank sitzend - nur reden, fordern und widersprechen können.

Bei der situationsgerechten Nutzung dieses Vorteils wird es aber auf *personale Qualitäten* ankommen, die man nicht am Wegesrand auflesen kann. Am Ende erhebt sich somit die Frage, ob die Parteidemokratie in der Lage sein wird, bei der Auswahl des zum Handeln befähigten Führungspersonals eine glückliche Hand zu entwickeln.

Literatur

- Aristoteles (1958). *Politik, Philosophische Bibliothek Band 7*. Unveränderter Abdruck der 3. durchgesehenen Auflage (im Text angesprochen: Kapitel 11, S. 144 ff.).
- Bentzin, T. (2014). *Der lange Weg zur Mitte*. Bachelorarbeit beim Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg.
- Bukow, S., & Jun, U. (2017). *Parteien unter Wettbewerbsdruck*. In S. Bukow & U. Jun (Hrsg.), *Parteien unter Wettbewerbsdruck* (S. 1-11). Wiesbaden: Springer VS.
- Däubler, T. (2017). *Links-Rechts und darüber hinaus – eine Neuvermessung der deutschen Parteienlandschaft mit einem auf die MARPOR/CMP-Daten angewandten IRTM-Modell*. In S. Bukow & U. Jun (Hrsg.), *Parteien unter Wettbewerbsdruck* (S. 57-88). Wiesbaden: Springer VS.
- Fuchs, D., & Klingemann, H.-D. (1989). *Das Links-Rechts-Schema als politischer Code: ein interkultureller Vergleich auf inhaltsanalytischer Grundlage*. In M. Haller, H. J. Hoffmann-Nowotny, & W. Zapf (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft. Verhandlungen des 24. Deutschen Soziologentages, des 11. Österreichischen Soziologentages und des 8. Kongresses des Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie* (S. 484-498). Frankfurt am Main: Campus Verlag.
- Fuchs, D., & Klingemann, H.-D. (1990). *The Left-Right Schema*. In M. K. Jennings, J. W. van Deth et al. (Hrsg.), *Continuities in Political Action* (S. 203-234). Berlin – New York: De Gruyter.
- Gabel, M., & Huber, J. D. (2000). *Putting Parties in their Place*. *American Journal of Political Science*, 44 (1), 94-103.
- Inglehart, R., & Welzel, C. (2005). *Modernization, Cultural Change, and Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.

- Klages, H. (2018). *Absturz der Parteidemokratie? Die politische Lage in Deutschland*. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Korte, K.-R. (2016). Bürgerliche Mitte. *Die politische Meinung*, Nr. 540, 14-21.
- Kramp-Karrenbauer, A. (2016). Kein Hexenwerk. *Die politische Meinung*, Nr. 540, 28-33.
- Meister, M. (2016). Orientiert an Wachstum und Leistung. *Die politische Meinung*, 61. Jgg., September/Oktober, 77-81.
- Müller, W. (1999). *Sozialstrukturelle Cleavages bei Bundestagswahlen – Theorie und Empirie*. Frankfurt am Main: Peter Lang GmbH, Internationaler Verlag der Wissenschaften.
- Nassehi, A. (2018). *Gab es 1968? Eine Spurensuche*. Hamburg: kursbuch.edition.
- Pappi, F. U., Seher, N. M., & Kurella, A.-S. (2011). Das Politikangebot deutscher Parteien bei den Wahlen seit 1976 im dimensional Vergleich, *Working Paper der Universität Mannheim Nr. 142*.
- Pappi, F. U., Kurella, A.-S., & Bräuninger, T. (2018). Die Beurteilung von Parteien und Kanzlerkandidaten vor den Bundestagswahlen von 1961 bis 2013. Stabilität der Konfliktstruktur bei wechselnder Attraktivität der Parteien und Kanzlerkandidaten. *ISI 60*, 20-28.
- Taleb, N. N. (2008). *Der schwarze Schwan. Die Macht höchst unwahrscheinlicher Ereignisse*. München: Carl Hanser Verlag GmbH & Co. KG.
- Tischner, W. (2016). Der Kampf um Mitte. *Die politische Meinung*, Nr. 540, 34-39.
- Wagschal, U. & König, P. (2014). Die Links-Rechts-Positionierung der Parteien bei den Bundestagswahlen 2005 bis 2013. In K.-R. Korte (Hrsg.), *Die Bundestagswahl 2013* (S. 185-210). Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- 1 *Das zur Position der politischen Parteien im Wahrnehmungsbild der Bevölkerung vorgelegte Gesamtfazit widerspricht den von F.U. Pappi u. A. präsentierten "Folgerungen" zum selben Gegenstand (vgl. Pappi, Kurella, Bräuninger 2018), denen zufolge „das deutsche Parteiensystem“ durch eine Grundstruktur gekennzeichnet sein soll, in der sich „zwei Blöcke“, nämlich ein rechter und ein linker, „gegenüberstehen“. Der Gegensätzlichkeit der beiden Aussagen liegt u.E. allerdings letztlich eine darstellungstechnische Differenz zugrunde. Während der Datenpräsentation von Pappi u.A. (vgl. insb. die dortige Grafik 3) nur ein verhältnismäßig enger Ausschnitt des Links-Rechts-Kontinuums zugrunde gelegt wird, werden die betreffenden Daten in der obigen Abbildung 5 in den sämtliche 11 Messpunkte umfassenden Gesamtkontext des Links-Rechts-Kontinuums eingebettet, wobei die breiten Leerräume erkennbar werden, die sowohl rechts wie auch links von den Positionen der Parteienmehrheit verbleiben.*

klages@uni-speyer.de

swillecon@gmail.com

doi: 10.15464/isi.63.2019.16-28

Herausgeber

GESIS –
Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften
Wissenstransfer | Publikationen
Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim

Redaktion

Dr. Stefan Weick

Telefon 0621 / 12 46-0
www.gesis.org/isi

Gestaltung

Bettina Zacharias
GESIS ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft
ISSN 0935-218X (Print)
ISSN 2199-9082 (Online)